

Haushalt 2011 der Gemeinde Weingarten



Der Gemeinderat hat am 28. Februar 2011 einstimmig die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das laufende Jahr beschlossen.

Auf den folgenden Seiten veröffentlichen wir einige Details mit graphischen Erläuterungen zum verabschiedeten Haushalt sowie die einzelnen Haushaltsreden.



Sämtliche Informationen hierzu finden Sie auch auf der Homepage der Gemeinde unter www.weingarten-baden.de

Der Haushaltsplan 2011 in Zahlen

Volumen des Gesamthaushalts:
20,234 Mio. €
Verwaltungshaushalt (VwH)
16,639 Mio. €

wesentliche Einnahmen:		wesentliche Ausgaben:	
Grundsteuer	1,021 Mio. €	Personalausgaben	3,414 Mio. €
Hebesatz Grundsteuer A	330 v.H. (bisher 320 v.H.)		
Hebesatz Grundsteuer B	320 v.H. (bisher 300 v.H.)		
Gewerbsteuer	2,000 Mio. €	sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	4,015 Mio. €
Hebesatz Gewerbsteuer	340 v.H. (unverändert)		
Einkommensteueranteil	3,776 Mio. €	laufende Zuschüsse	2,540 Mio. €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	0,224 Mio. €	Kreditzinsen	0,241 Mio. €
Schlüsselzuweisungen	2,821 Mio. €	Gewerbsteuerumlage	0,412 Mio. €
Familienleistungsausgleich	0,368 Mio. €	Finanzausgleichsumlage	1,846 Mio. €
Gebühren und ähnliche Entgelte	0,537 Mio. €	Kreisumlage	2,278 Mio. €
Mieten, Pachten	1,119 Mio. €	Sonstige Ausgaben	0,010 Mio. €
Sonstige Einnahmen	1,508 Mio. €	globale Minderausgabe	-0,160 Mio. €
Innere Verrechnungen / kalkulatorische Kosten	2,043 Mio. €	Innere Verrechnungen / kalkulatorische Kosten	2,043 Mio. €
Zuführung vom Vermögenshaushalt	1,221 Mio. €	Zuführung zum Vermögenshaushalt	---

Vermögenshaushalt (VmH)
3,595 Mio. €

wesentliche Einnahmen:		wesentliche Ausgaben:	
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	---	Zuführung zum Verwaltungshaushalt	1,221 Mio. €
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	---	Zuführung zur allgemeinen Rücklage	---
Darlehensrückflüsse	0,030 Mio. €	Darlehensgewährung	---
Veräußerungserlöse	1,398 Mio. €	Vermögenserwerb	0,996 Mio. €
Beiträge und ähnliche Entgelte	0,200 Mio. €	Baumaßnahmen	1,165 Mio. €
Zuweisungen / Zuschüsse	0,267 Mio. €	Investitionszuschüsse	0,073 Mio. €
Kreditaufnahme	1,700 Mio. €	Schuldentilgung	0,140 Mio. €
		Schuldenstand (nach Ausgliederung Abwasser):	
		(zu Beginn 2011)	3,165 Mio. €
		(zum Ende 2011 voraussichtlich)	4,725 Mio. €

Haushaltsrede 2011 von Bürgermeister Eric Bänziger



**Sehr geehrte Damen und Herren
Gemeinderäte,
sehr geehrte Bürgerinnen und
Bürger und Vertreter der Presse,**

mit dem Haushaltsentwurf 2011 liegt nun das erste Zahlenwerk unter meiner Verantwortung vor Ihnen und - ich darf es vorweg nehmen - es war nicht einfach ihnen einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen.

Zu Beginn einer neuen Amtszeit ist daher unter dem Aspekt der Haushaltswirtschaft die Frage berechtigt:

„Weingarten wohin gehst du?“ –

Ich habe daher ganz bewusst das prägnante Motto **„Quo vadis Weingarten?“** an den Anfang meiner Rede gestellt.

Um zu wissen wo es hingehet, sollte man wissen wo man herkommt. Und so steht zwar das Jahr 2011 im Mittelpunkt der Präsentation, aber nicht ohne die Entwicklung der Haushaltswirtschaft der vergangenen Jahre und der nächsten 4 Jahre zu beleuchten. Durch diese Sicht auf den Verlauf der Jahre möchte ich Sie hinführen zu der aktuellen Finanzlage der Gemeinde Weingarten und

Gemeinde
Weingarten (Baden)

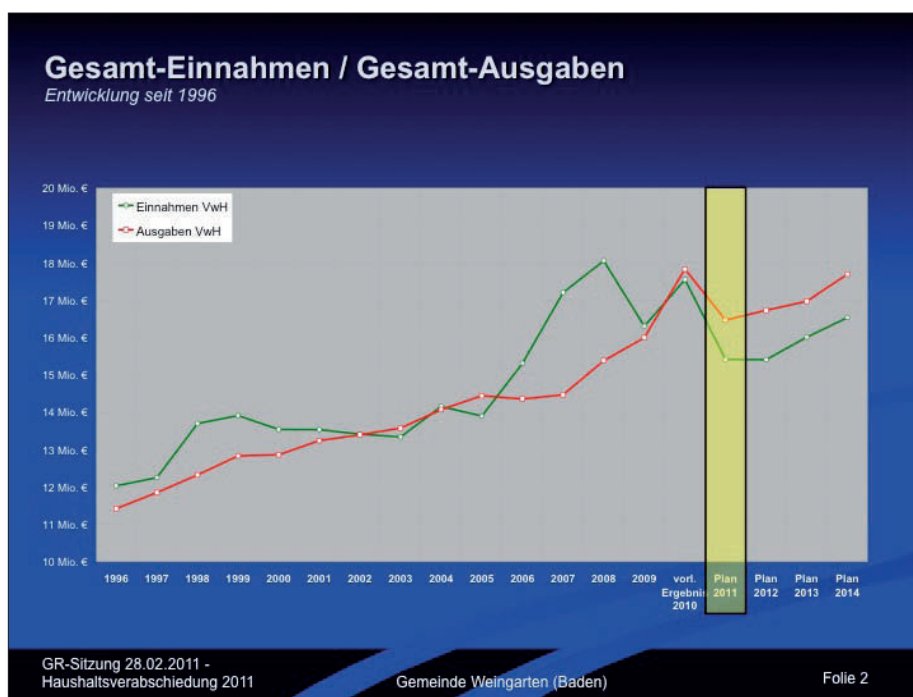
Haushalt 2011

Quo vadis Weingarten ?

GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 1



den notwendigen Folgerungen und Konsequenzen daraus.

Trotz positiver gesamtwirtschaftlicher Eckdaten, die uns der Haushaltserlass 2011 konstatiert, zeigt sich für Weingarten in der mittelfristigen

Finanzplanung, die bis 2014 reicht, ein dauerhaftes und hohes strukturelles Defizit.

Doch dabei stehen wir nicht allein. Die Kommunen in Baden-Württemberg werden 2011 – und damit das vierte

Jahr in Folge – einen negativen Finanzierungssaldo aufweisen. Nach einem Minus von 1,5 Milliarden Euro im vergangenen Jahr, wird auch in diesem Jahr mit einem entsprechend hohen Defizit gerechnet. Wieder ist der Griff zum Tafelsilber oder die Aufnahme von Krediten erforderlich, um die konsumtiven Ausgaben des Verwaltungshaushalts decken zu können.

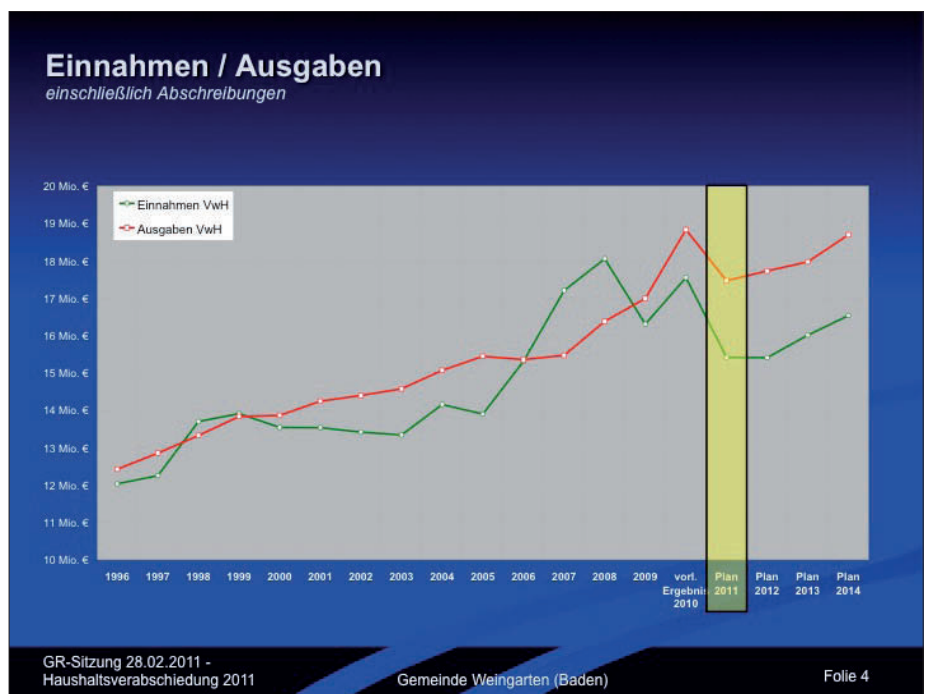
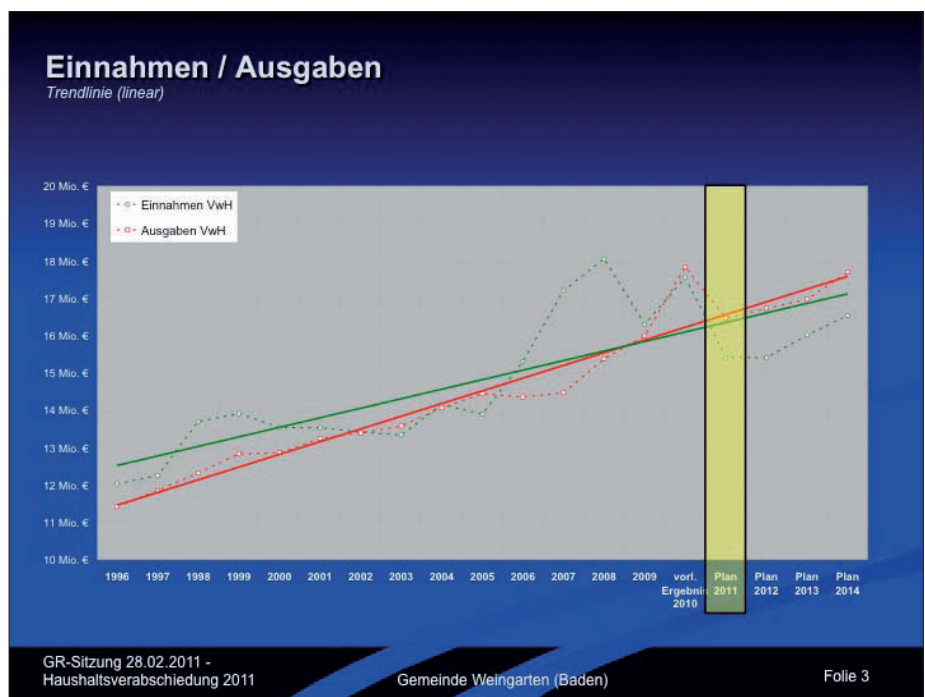
Betrachten wir die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben seit 1996 hierzu näher.

Von 1996 bis 2001 bestand eine durchweg positive Finanzlage, bei der die Einnahmen durchschnittlich ca. eine Million Euro über den Ausgaben lagen. Eine gesunde Haushaltswirtschaft, bei der die jährlichen Überschüsse für Investitionen im Vermögenshaushalt, für die Tilgung von Krediten und/oder für die Bildung von Rücklagen für schlechtere Zeiten eingesetzt werden konnten.

Schon Ende des Jahres 2002 absehbar - erreichte die schlechte Konjunkturlage auch das vom Export abhängige Deutschland. Diese hielt bis zu ihrem Tiefpunkt im Jahr 2005 an.

Es folgt der Quantensprung der deutschen Volkswirtschaft 2006 mit noch nie da gewesenen Überschüssen des Verwaltungshaushalts, die bis zur Finanzkrise und der ihr folgenden Wirtschaftskrise 2008 konstant blieben. Aufgrund der aufrechterhaltenen Kapazitäten in den Betrieben, im besonderen auch durch die eigens herbeigeführte Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, konnte 2009 mit dem wieder aufkeimenden Wirtschaftswachstum die Deutsche Wirtschaft kurzfristig auf die gestiegene Nachfrage reagieren. Das Wirtschaftswachstum holte schlagartig auf wovon die Einnahmen des Staates profitierten. Auch unser Haushalt 2010 ist erheblich besser ausgefallen als die Planung, so dass wir in der Grafik bereits das günstigere hochgerechnete Ergebnis abgebildet haben.

Nun wissen wir alle – nach einem

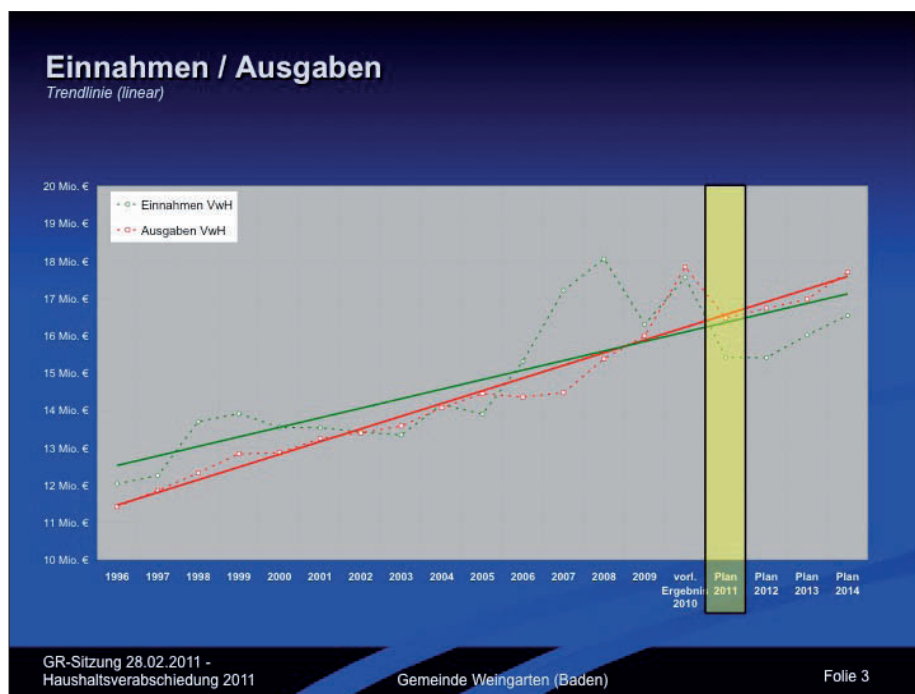


Hoch kommt ein Tief und nach einem Tief sollte es auch wieder aufwärts gehen. Doch das nächste Hoch für die Kommunen ist derzeit nicht zu erkennen – trotz der mittlerweile guten konjunkturellen Lage und der Berücksichtigung der bereits 2010 eingetretenen verbesserten Wirtschaftslage in der Prognose des Haushaltserlasses des Landes.

Im Trend sehen wir ganz deutlich, wie die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben auseinander klafft. Noch

anschaulicher wird die Situation, wenn man die Abschreibungen als notwendige Finanzierung von Investitionen, die für Weingarten mit durchschnittlich 1 Mio. EUR angenommen werden können, den Ausgaben hinzu rechnet.

Nicht nur das Handelsrecht fordert eine solche Darstellung von privaten Unternehmen - auch das neue kommunale Haushaltsrecht sieht dies künftig im öffentlichen Bereich so vor. Es ist also durchaus wichtig frühzeitig die Blickrichtung zu wechseln und unter

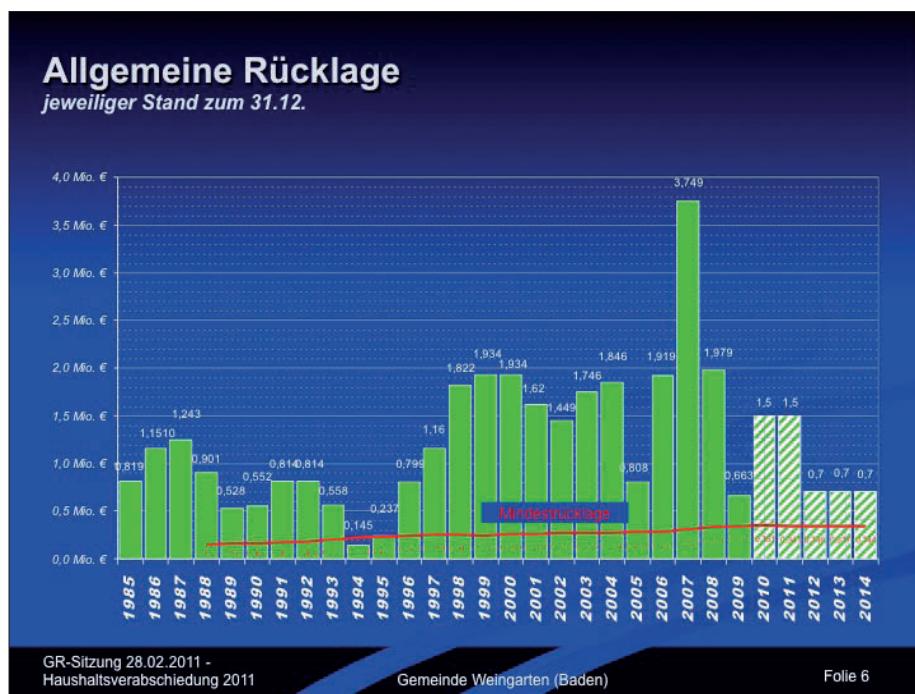


zusammen 8,5 Mio. EUR, die in 4 Jahren verbaut wurden.

Zur Finanzierung der nun vor uns liegenden „schlechteren Zeiten“ verbleiben damit noch gemeindeeigene baureife Grundstücke im Wert von 2,4 Mio. EUR. Bis die Konsolidierung greift, müssen diese Veräußerungserlöse zwingend zur Deckung konsumtiver Ausgaben herangezogen werden – wie dies im Übrigen auch in der Vergangenheit immer wieder getan wurde.

Allerdings sind diese Ressourcen in naher Zukunft erschöpft, so dass der Haushalt auf eine Bewirtschaftung ohne Grundstückserlöse nachhaltig umgesteuert werden muss.

Die noch verbleibenden baureifen Flächen werden dann zur Schuldentilgung beitragen können. - Die im vergangenen Jahr geäußerte Absicht, die für den Rückkauf der baureifen Grundstücke „Südlich der Ringstraße“ aufgenommenen Darlehen von 3,4 Mio. EUR durch Verkaufserlöse tilgen zu können, ist in der aktuellen Situation nicht möglich – im Gegenteil. Ohne diese Grundstückserlöse wäre ein genehmigungsfähiger Haushalt 2011 nicht darstellbar, zumal alle Mehreinnahmen der vergangenen Jahre in Investitionen geflossen sind und die Kasse nur über Kassenkredite liquide gehalten werden konnte.



den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit die Haushaltswirtschaft künftig zu strukturieren.

Für die Beurteilung, wie wir in die Jahre 2011 fortfolgende starten, ist zunächst eine kurze Zwischenbilanz zu ziehen:

In den Jahren 2006 bis 2009 wurden - durch die außerordentlich gute Wirtschaftslage - Überschüsse im Verwaltungshaushalt von insgesamt

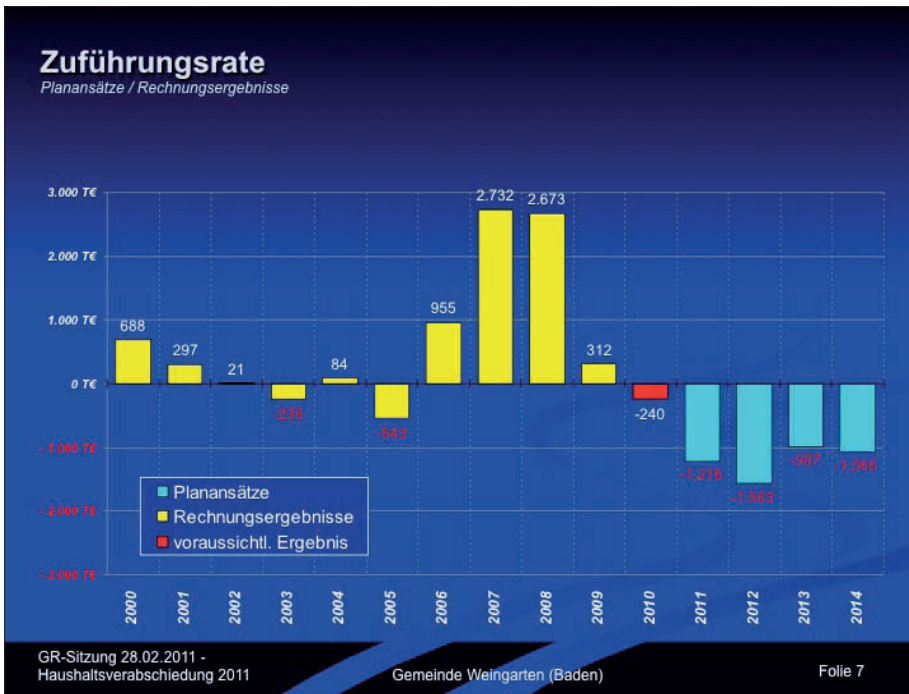
6,6 Mio. EUR erzielt.

Diese konnten - zumindest zeitweise - in der allgemeinen Rücklage angespart werden, so dass Ende 2007 ein Höchststand von 3,7 Mio. EUR erreicht wurde.

Insbesondere für die Anteilsfinanzierung des Konjunkturprogramms und zur Sanierung der Walzbachhalle wurden die gesamten Zusatzeinnahmen des Verwaltungshaushalts sowie nochmals Erlöse aus Grundstücksverkäufen von 1,9 Mio. EUR eingesetzt. Das sind

Der Haushalt 2011

Aufgrund der schlechten Eckwerte des ersten Haushaltsplanentwurfs haben sich die Mitglieder des Gemeinderats in mehreren Sitzungen mit der Haushaltskonsolidierung befasst. Und am Anfang stand die ernüchternde Feststellung - selbst wenn Weingarten ausnahmslos seine Freiwilligkeitsleistungen streichen würde – und wir damit das, was Weingarten lebenswert macht, zerstören würden – könnten der Haushalt 2011 sowie die Folgejahre nicht ausgeglichen werden.



Mehreinnahmen betragen ca. 60.900 EUR, was einer Belastung pro Privathaushalt von ca. 14 EUR/Jahr entspricht.

Die Gewerbesteuer bleibt bei 340%-Punkten. Sie liegt damit ebenfalls über dem Landesdurchschnitt 2009.

Die Hundesteuer soll von 72 EUR auf 96 EUR je Hund erhöht werden. Die Erhöhung kann jedoch erst 2012 umgesetzt werden. Genauso wie der Erhöhung der Vergnügungssteuer, die zusätzliche Einnahmen von 5 TEUR erbringen soll.

Zum Schluss wurde auch der Verwaltung ein pauschales Einsparvolumen von 160 TEUR auferlegt, das vor allem im Personalbereich und durch besser verhandelte Konditionen im Instandhaltungsbereich erzielt werden soll.

Mit einem Maßnahmenkatalog von fast 800 TEUR hat der Gemeinderat in der ersten Runde der Haushaltskonsolidierung kurz- und mittelfristig wirkende Schritte in allen Bereichen zur Verbesserung der Haushaltslage in den vorliegenden Haushaltsplan einfließen lassen.

Neben bereits diskutierten und teilweise schon beschlossenen Maßnahmen, wie

- der energetischen Optimierung der Straßenbeleuchtung
- dem Beitritt zur Musikschule Hardt
- der Anpassung der Friedhofsgebühren, die heute noch auf der Tagesordnung steht
- und der Erhöhung von Mieten, Pachten und Erbbauzinsen

sind noch weitere Themen im Gemeinderat zu verhandeln, wie beispielsweise

- die wirtschaftliche Optimierung des Walzbachbades
- die Anpassung von Elternbeiträgen bei der Kinderbetreuung
- der weitere Betrieb des Jugendzentrums
- oder die Einführung einer Konzessionsabgabe auf die Wasserversorgung.

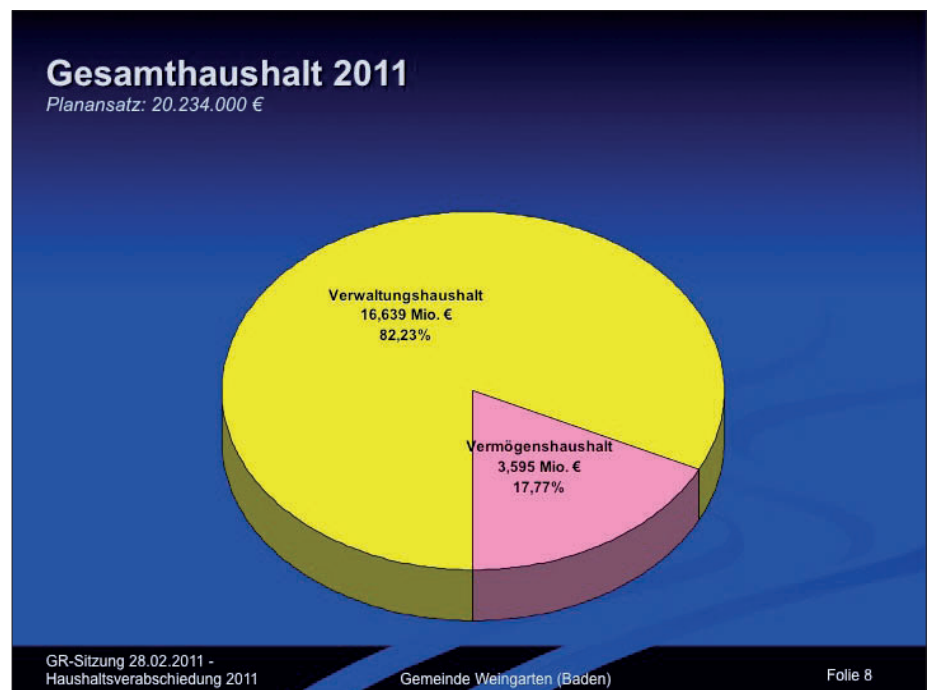
Schließlich war die Einsicht jedoch aller Beteiligten gegeben, dass unter den nun bekannten Entwicklungen auch eine Erhöhung der kommunalen Steuern nicht zu umgehen ist.

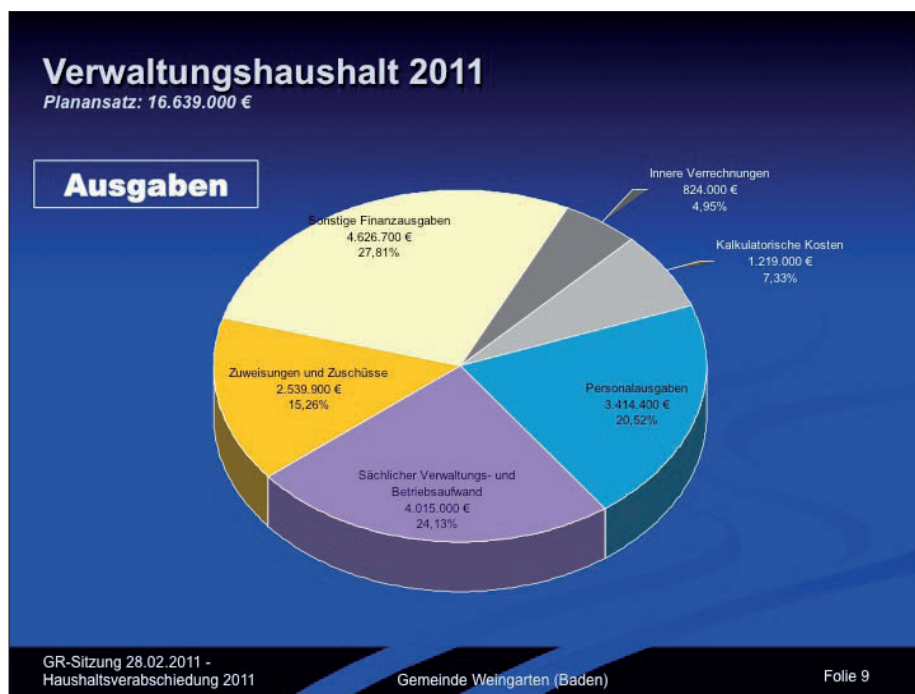
- die Grundsteuer A wird daher um 10 auf 330%-Punkte und
- die Grundsteuer B um 20 auf 320%-Punkte erhöht.

Beide Steuersätze bleiben damit weiterhin unter dem jeweiligen Landesdurchschnitt 2009. Die

Gesamthaushalt - Haushaltsvolumen

Gegenüber dem Vorjahr wurde der Gesamthaushalt deutlich von 25,8 Mio. EUR auf 20,2 Mio. EUR reduziert. Neben der Ausgliederung des Bereichs Abwasserbeseitigung in einen Eigenbetrieb mit einem Volumen





Die Personalausgaben nehmen ein Volumen von 3,4 Mio. EUR ein und sind damit um 292 TEUR gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Diese erhebliche Steigerung ist wie folgt zu bewerten: siehe Folie 10.

Insbesondere durch die Unterbesetzung von Stellen und verzögerte Stellenbesetzungen soll – wie im vergangenen Jahr - hier ein Teil der Kosten wiederum eingespart werden. Diese Einsparungen dienen zum teilweisen Ausgleich der veranschlagten Globalen Minderausgabe von 160 TEUR.

Die Zuweisungen und Zuschüsse (siehe Folie 9) als vierter großer Ausgabenblock sind in den vergangenen Jahren erheblich angewachsen. Sie beinhalten überwiegend die Zuschüsse an soziale Einrichtungen – sprich die

von 1,3 Mio. EUR, hat vor allem das um 4 Mio. EUR reduzierte Volumen des Vermögenshaushalts hierzu beigetragen.

A – Ausgaben des Verwaltungshaushalts

Wie so oft, ist der nur wenig beeinflussbare Bereich der „sonstigen Finanzausgaben“ mit 4,6 Mio. EUR die größte Ausgabeposition. Darin enthalten sind die Umlagen:

- die Kreisumlage mit 2,3 Mio. EUR
 - die Finanzausgleichsumlage an das Land mit 1,85 Mio. EUR
 - die Gewerbesteuerumlage mit 0,4 Mio. EUR
- sowie die Kreditzinsen mit 230 TEUR.

Zudem ist hier 2011 die Globale Minderausgabe veranschlagt.

Der „sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand“ ist mit 4 Mio. EUR die zweitgrößte Position im Haushaltsplan. Mit 24 Prozent enthält diese Position insbesondere die Kosten für die Gebäudeunterhaltung und –bewirtschaftung und Mieten mit 2,1 Mio. EUR; wie auch die Betriebs- und Geschäftsausgaben mit den Kosten des Fuhrparks in Höhe von insgesamt 1,9 Mio. EUR.

Personalkosten

Die **Personalkosten** steigen von 2010 zu 2011 um 292.000 € = 9,37 %

Dabei wirkt sich insbesondere folgendes aus:

Allgemeine Lohn- und Gehaltssteigerungen, Zulagen	78.000 €
Zusätzliche Pensionsverpflichtungen für Beamte	60.000 €
Schulsozialarbeit statt als Sach- nun als Personalkosten sowie Aufstockung	42.000 €
zusätzliche Stellen in der Schulkindbetreuung	51.000 €
Forst: befristete Übernahme der Azubis	15.000 €
bisher nicht besetzte Stelle im Hauptamt	29.000 €
Aufwendungen ehrenamtliche Tätigkeit	17.000 €
gesamt	292.000 €

GR-Sitzung 28.02.2011 - Haushaltsverabschiedung 2011
Gemeinde Weingarten (Baden) Folie 10

Entgegen der bisherigen individuellen Veranschlagung der Gebäudeunterhaltung, wurde diese 2011 erstmalig wie ein Budget behandelt, um dauerhaft die rechtzeitige Vornahme von Gebäudeinstandhaltungen gewährleisten zu können.

Das Gesamtvolumen hierfür umfasst 597 TEUR und soll in den kommenden Jahren konstant bleiben, um erneuten Instandhaltungstau zu vermeiden.

Zuweisungen an die Kirchengemeinden sowie die freien Träger unserer Kinderbetreuungseinrichtungen. So schlagen 2011 insgesamt 400 TEUR an Mehrausgaben für die Kinderbetreuung zu Buche, während die Zuweisungen vom Land für diese Zwecke lediglich um 134 TEUR zunehmen. Die Gemeinde hat den Saldo von 266 TEUR zusätzlich und dauerhaft zu tragen.

In der Darstellung sehen Sie die Entwicklung aller Kinderbetreuungskosten seit 2004.

Darin sind die Bereiche der Kleinkindbetreuung, der Kindergärten

im kameralen System in Einnahmen und Ausgaben ausgleichen.

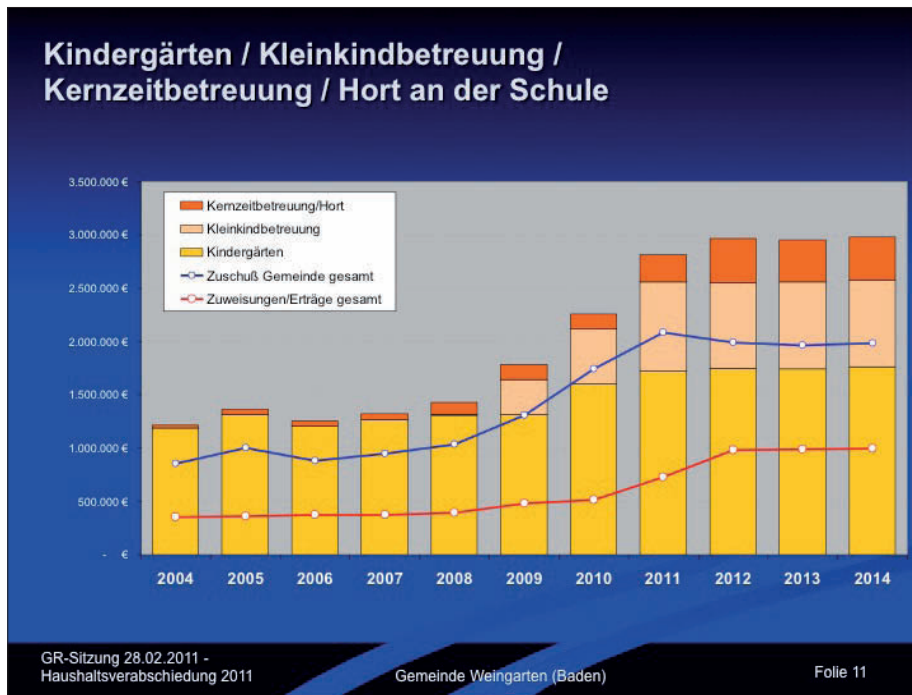
Die **Einnahmenseite** zeigt, dass die Gemeinde zu 2/3 auf Steueranteile, Zuweisungen und eigene Steuerein-

nahme deutlich die Schwankungen bei der Entwicklung der Steuern und Zuweisungen erkennen, wobei die größten Einnahmequellen, die Einkommensteueranteile und die Schlüsselzuweisungen ohne Einflussmöglichkeit der Gemeinde sind.

Wirklich fest kalkulierbare Steuern sind die Grundsteuern A und B, sowie die Hundsteuer, deren Höhe als Ausfluss der kommunalen Selbstverwaltung der Gemeinderat festlegt.

Die Gewerbesteuer nimmt eine Sonderstellung ein. Sie ist zwar über den Hebesatz grundsätzlich zu beeinflussen, die Höhe hängt jedoch wesentlich vom Betriebserfolg der Unternehmen ab. Es ist erfreulich, dass aufgrund der positiven Entwicklung der Weingartner Unternehmen mit höheren durchschnittlichen Gewerbesteuereinnahmen von jährlich 2 Mio. EUR gerechnet werden kann. Dies sind 500 TEUR mehr als im Plan des vergangenen Jahres, jedoch 414 TEUR weniger als das durch Nachzahlungen geprägte Ergebnis 2010.

Ein Wermutstropfen bleibt dennoch: ca. 77% der Mehreinnahmen werden über Umlagen wieder abgeschöpft. Der Gemeinde verbleiben also tatsächlich nur 23% der Gewerbesteuer.



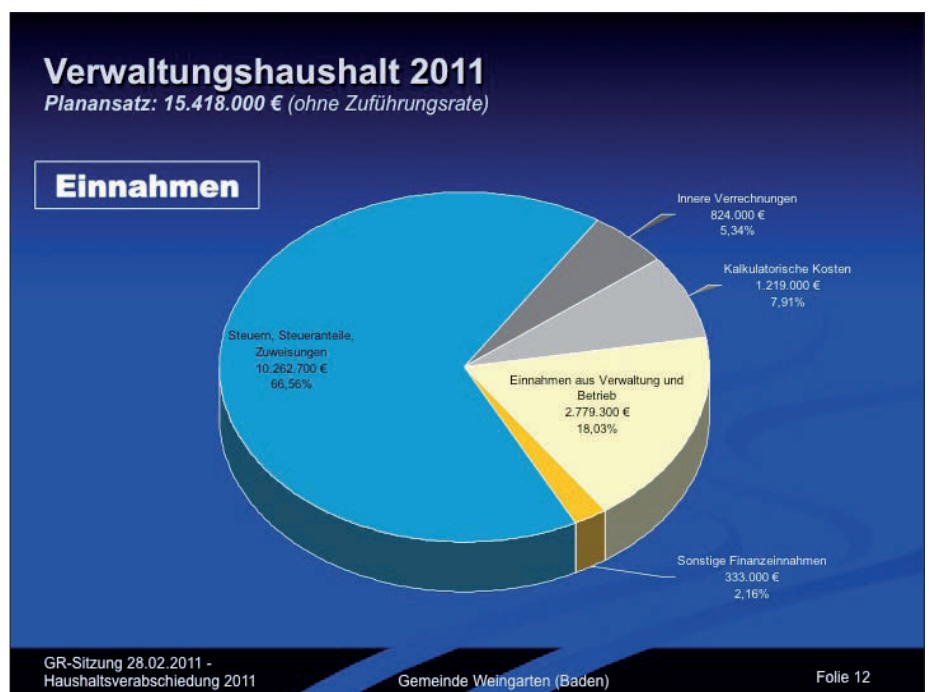
und der Schulkindbetreuung zusammengestellt, die im Haushaltsplan auf drei unterschiedlichen Positionen ausgewiesen werden. Seit 2006 ist der Zuschuss der Gemeinde in diesem Bereich von 883 TEUR auf 2.083 TEUR gestiegen.

Und in diesen Zusatzkosten von 1,2 Mio. EUR, die während den „guten Jahren“ schleichend auf die Gemeinde zugekommen sind, liegt ein wesentliches Element für das Ungleichgewicht des Haushalts der Gemeinde Weingarten – und – entgegen der Darstellung in den Jahren 2012 bis 2014 werden diese Kosten weiter steigen, sowohl im Kindergartenbereich, wie in der Schulkindbetreuung, da die Öffnungszeiten in Richtung Ganztagesbetreuung – dem Bedarf entsprechend – weiter auszubauen sein werden.

Es verbleiben (siehe Folie 9) die Inneren Verrechnungen und die kalkulatorischen Kosten auf die ich nicht weiter eingehen möchte, da sich diese

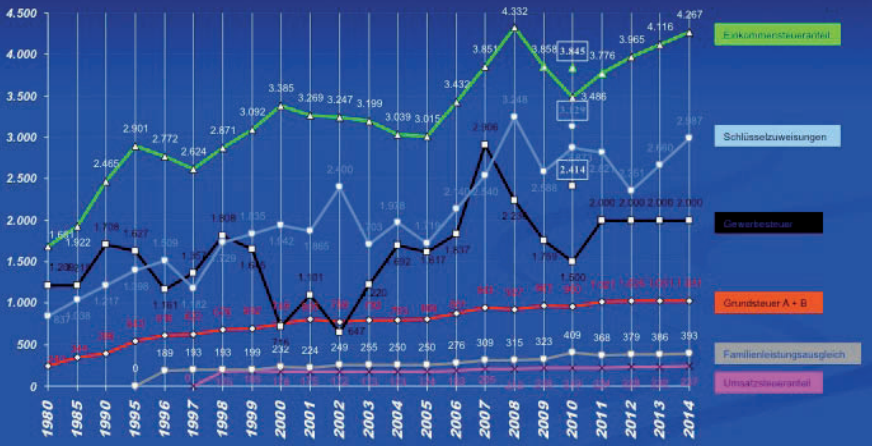
nahmen angewiesen ist. Zieht man die Inneren Verrechnungen und kalkulatorischen Kosten ab, so sind es sogar $\frac{3}{4}$ der Einnahmen.

Dabei kann man im Verlauf der



Entwicklung der Steuern, Steueranteile und Zuweisungen

In Tausend Euro



GR-Sitzung 28.02.2011 - Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 13

rund 200 TEUR im Vergleich zum Vorjahr, enthält jedoch auch höhere Gebühreneinnahmen aufgrund verstärkter Inanspruchnahme beispielsweise der Schulkindbetreuung.

In der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben verbleibt trotz der wesentlichen Verbesserungen eine Finanzierungslücke von 1.221 TEUR, die als Zuführung vom Vermögenshaushalt auf der Einnahmenseite geschlossen werden muss.

Der Vermögenshaushalt

Diese „negative“ Zuführung – sozusagen der „Verlust“ aus dem konsumtiven Verwaltungshaushalt, muss der Vermögenshaushalt tragen, weshalb die Zuführung hier auf der Ausgabenseite dargestellt ist.

Hinzu kommt die ordentliche Tilgung mit 140 TEUR. Aus diesen beiden Beträgen, die normalerweise der Verwaltungshaushalt erbringen sollte, resultiert eine Vorbelastung des investiven Haushalts mit 1.361 TEUR, die nur durch so genannte „Ersatzdeckungsmittel“ – für Weingarten sind dies im wesentlichen Veräußerungserlöse – auszugleichen sind. Aufgrund der Bemühungen im vergangenen Jahr kann mit einem rechtzeitigen Eingang der Verkaufserlöse – hauptsächlich aus dem Baugebiet „Südlich der Ringstraße“ gerechnet werden.

Den geplanten Baumaßnahmen mit einem Volumen von 1.165 TEUR stehen Zuweisungen und Zuschüsse von 267 TEUR – teilweise noch aus Vorjahren, wie der Zuschuss für den Bau der Mensa - sowie anteilige Erschließungsbeiträge für die Baugebiete „Im Bruch“ und „Sandfeld“ von 200 TEUR gegenüber.

Als Baumaßnahmen sind folgende Einzelprojekte vorgesehen: siehe Folie 17.

Auf die einzelnen Projekte werde ich noch näher eingehen.

(siehe Folie 16) Der Grundstückserwerb mit 710 TEUR, die Beschaffung von

Zum Bereich der Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb, also Gebühren und Nutzungsentgelte sind die Vorgaben des § 78 Absatz 2 der Gemeindeordnung von essentieller Bedeutung. Er gibt die Grundsätze zur Einnahmenerzielung vor:

„Die Gemeinde hat die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen

1. soweit vertretbar und geboten aus Entgelten für ihre Leistungen
2. im übrigen aus Steuern

zu beschaffen Sie hat dabei auf die wirtschaftlichen Kräfte ihrer Abgabepflichtigen Rücksicht zu nehmen.

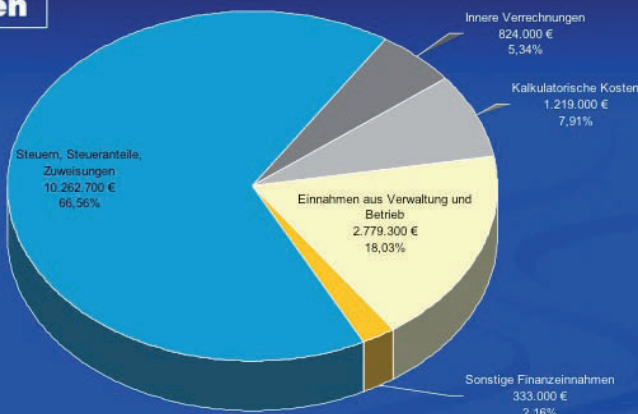
Es gibt also eine klare Reihenfolge der Einnahmenerzielung. Daher wurden und werden die Gebühren sowie Mieten, Pachten und Erbbauzinsen im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung vorrangig untersucht.

Die mögliche Steigerung 2011 beträgt

Verwaltungshaushalt 2011

Planansatz: 15.418.000 € (ohne Zuführungsrate)

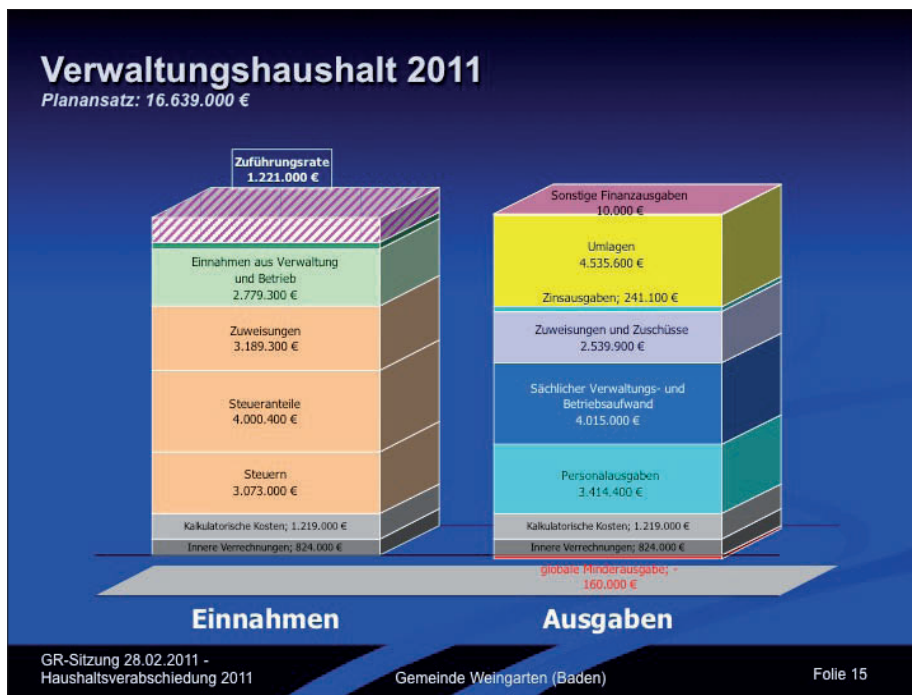
Einnahmen



GR-Sitzung 28.02.2011 - Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 14

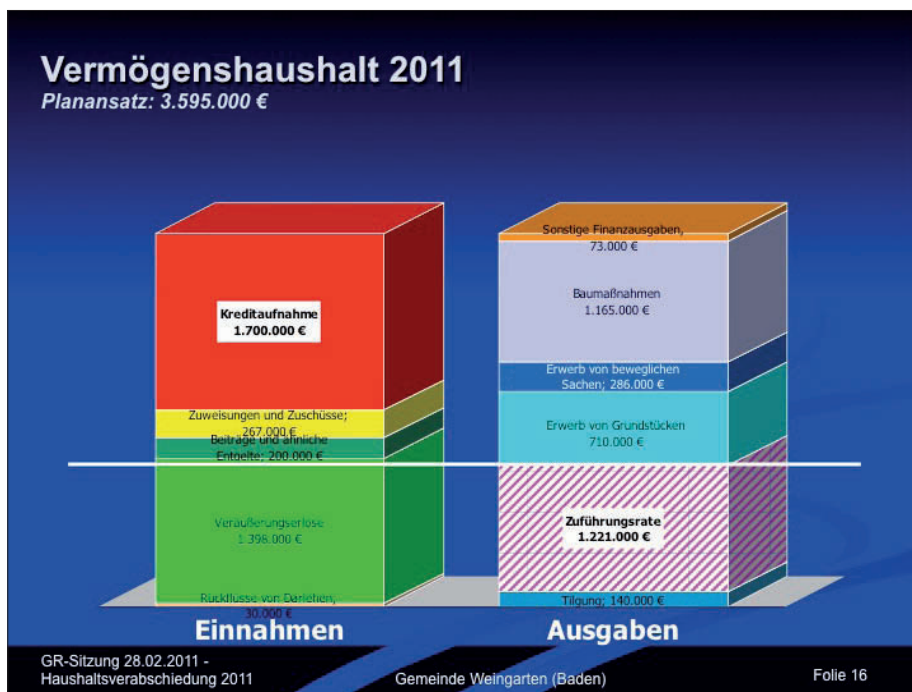


Pro-Kopf-Verschuldung von 815 EUR entspräche.

Wichtige kommunale Einzelthemen:

Zauberwald

Die Kinderbetreuung ist ein wichtiges kommunalpolitisches Thema und wird es auch in absehbarer Zukunft bleiben. Den Anforderungen flexibler und zuverlässiger Kinderbetreuung vom Kleinkindalter bis zum Abschluss der Grundschule werden wir uns stellen – auch wenn hierdurch erhebliche finanzielle Belastungen auf die Kommune zukommen. Es bleibt jedoch zu entscheiden, ob wir in der Kleinkindbetreuung eine Zweiklassengesellschaft fördern werden. Bei gleichem Angebot – für 50 Stunden Betreuungszeit wöchentlich und ohne Essen - müssen einerseits die Eltern in der privaten Kinderkrippe der Firma Pro Liberis Monatsbeiträge von 475 EUR bezahlen und das für jedes Kind gleich, während andererseits in der konfessionellen und von der Gemeinde finanzierten Kinderkrippe Zauberwald der teuerste Elternbeitrag bei 349 EUR/Monat liegt und die Sozialstaffelung es ermöglicht, bei der Drei-Kind-Familie das Angebot für nur 260 EUR im Monat zu erhalten. Erstaunlich finde ich dabei die Akzeptanz des Preises des privaten Anbieters, der sich vor Anmeldungen nicht retten kann. Habe ich doch noch die Stimmen des letzten Jahres im Ohr, die da meinten, die Preise in unserem Zauberwald seien generell zu hoch.



beweglichem Vermögen mit 286 TEUR sowie ein Großteil der Baumaßnahmen sind über Kredite mit einem Volumen von 1,7 Mio. EUR zu finanzieren.

Wobei wir bei der Entwicklung der Verschuldung angekommen sind. Für 2011 sind zwei gegenläufige Entwicklungen zu berücksichtigen:

Durch die Ausgliederung des Abwasserbereichs wird der gemeindliche Haushalt um Kredite in der Höhe von 4.658 TEUR entlastet.

Belastet wird er wiederum durch den aktuell veranschlagten Kredit mit 1,7 Mio. EUR. Im Ergebnis ergibt sich dadurch eine Verschuldung von 4,7 Mio. EUR zum Ende des Jahres 2011, (Folie 19 Pro-Kopf-Verschuldung) was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 477 EUR entspricht. Der Landesdurchschnitt – und auch hier liegt nur der Wert von 2009 vor – betrug 381 EUR.

Bis 2014 würde nach den derzeitigen Berechnungen die Gesamtverschuldung auf 8,4 Mio. ansteigen, was einer

Waldbrücke

Der Kindergarten in der Waldbrücke wird durch die Sanierung oder den Neubau des rechten Gebäudeteils eine Aufwertung erfahren. Mit der Veranschlagung von insgesamt 400 TEUR in den Jahren 2011 bis 2013 wird zudem ein weiteres Signal für den Ausbau der Ganztagesbetreuung gesetzt. Auch die bisher nur provisorisch eingerichtete Ganztagesgruppe in der Wiesenstraße wird durch den Umbau eines Teilbereiches in einen Schlafraum fest installiert. Hierfür sind weitere 50 TEUR veranschlagt.

Baumaßnahmen

Als **Baumaßnahmen** sind folgende Einzelprojekte geplant:

der Bau von Umkleiden und Duschräume für die Feuerwehr	150 TEUR
Energetische Sanierung der Turmbergschule	65 TEUR
Einbau einer Solaranlage zur Warmwassererzeugung Sporthalle	25 TEUR
Sanierung oder Neubau des Kindergartens Waldbrücke mit insgesamt 400 TEUR - für 2011 sind veranschlagt	50 TEUR
Ausbau Ganztagesbetreuung Kindergarten St. Michael	50 TEUR
Restarbeiten der Generalsanierung Walzbachhalle und -bad	130 TEUR
Umliegungskosten der Baugebiete	150 TEUR
Die vorbereitende Untersuchung für ein neues Sanierungsgebiet	20 TEUR
Straßenbaumaßnahmen in den Neubaugebieten	500 TEUR

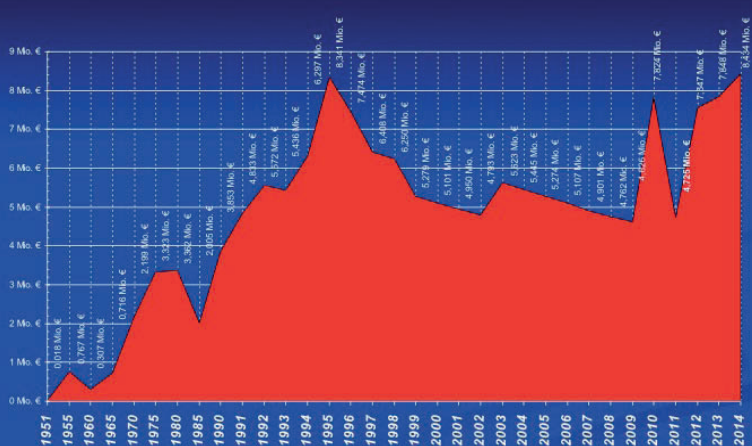
GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 17

Schuldenentwicklung

Gemeinde-Haushalt

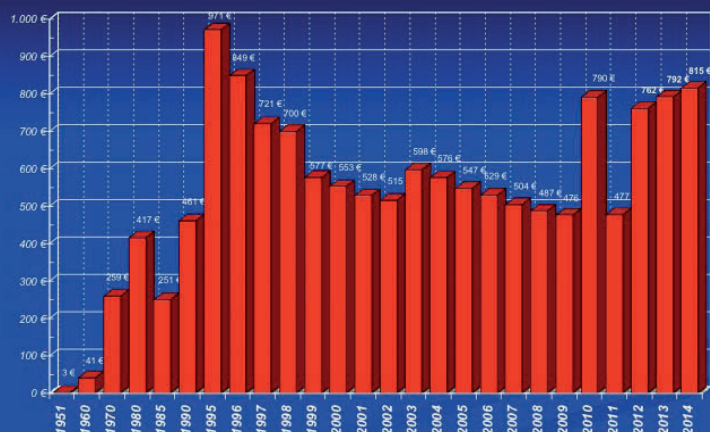


GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 18

Pro-Kopf Verschuldung



GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 19

Haus Kunterbunt

Schließlich bedarf es einer Neukonzeption der Schulkindbetreuung, da aufgrund der hohen Anmeldezahlen unser Hort in der Bahnhofstraße nicht mehr ausreichen wird. Für 2011 wurden entsprechende Personalstellen für zusätzliche Betreuungskräfte im Haushalt vorgesehen, die teilweise über Elternbeiträge finanziert werden können.

Mensa

Die neue Mensa wird von allen positiv angenommen und erhält durch mehr Kinder in der Hortbetreuung eine bessere Auslastung. Damit verbunden ist aber auch der Anstieg des Essenzuschusses, der bei 1,17 EUR je Essen liegt.

Turmbergschule

Für Maßnahmen am und im Schulgebäude sind insgesamt 480 TEUR im Haushalt 2011 veranschlagt. Darin sind Sanierungsmaßnahmen der Klassenräume der Grundschule mit 240 TEUR, Investitionen in neue Schulmöbel mit 215 TEUR sowie eine Solaranlage zur Warmwasserbereitung in der Schulturnhalle mit 25 TEUR enthalten.

Feuerwehr

Für unsere aktive Mannschaft der Feuerwehr besteht dringender Bedarf an Umkleide- und Duschräumen. Insbesondere die starke Frauenmannschaft sollte angemessene Räumlichkeiten erhalten. Daher ist die zweite erhebliche Investition zum Bau dieser Einrichtungen mit insgesamt 420 TEUR, davon 150 TEUR im Jahr 2011 vorgesehen.

Für die Maßnahmen am Feuerwehrhaus und der Sanierung des Kindergartens in der Waldbrücke wurden zudem Anträge auf eine Förderung aus dem Gemeindeausgleichsstock gestellt.

Walzbachhalle

Mit 130 TEUR werden die Restsanierungen in der Walzbachhalle und dem Walzbachbad veranschlagt. Insbesondere eine günstige und praktikable Lösung im Bereich

des Kassenautomaten wird dabei angestrebt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ist die Verwaltung beauftragt den Betrieb wirtschaftlich zu optimieren. Hierzu konnte bereits beim Personal eine halbe Stelle reduziert werden, ohne die Öffnungszeiten zu verändern. Für die Erweiterung des Freibades ist unter den angespannten finanziellen Rahmenbedingungen derzeit kein Raum.

Baggersee

Für den Baggersee ist der Einbau einer vandalismussicheren Toilettenanlage mit 27 TEUR vorgesehen. Im Gegenzug werden sich die Reinigungskosten aufgrund der Verringerung der Reinigungsintervalle erheblich reduzieren.

Kirchberg-Mittelweg

Im Rahmen der städteplanerischen Entwicklung wird 2011 mit der erforderlichen Entscheidung über die Bauleitplanung Kirchberg/Mittelweg gerechnet. Die Planungen zur Erschießung sowie der Ver- und Entsorgung sind weiter fortgeschritten. Für Baumaßnahmen sind ab 2012 Mittel eingeplant.

TSV

Die Verlagerung des TSV-Geländes hinter die Walzbachhalle wird 2011 forciert. Für die Überplanung des dort gelegenen Baugebietes „Im Bruch“ wie auch für die Erstellung eines Bebauungsplanes für das TSV-Gelände sind Mittel von insgesamt 100 TEUR veranschlagt. Der Erwerb des TSV-Gebäudes ist mit 300 TEUR im Jahr 2012 eingeplant.

Sandfeld

Nach dem Aufstellungsbeschluss für das neue Gewerbegebiet „Sandfeld 1 und 2“ im vergangenen Jahr, wurden für den Bebauungsplan sowie die erforderliche Verkehrsplanung für das Gesamtgebiet Mittel von 50 TEUR vorgesehen.

Gleichzeitig wurden im Vermögenshaushalt 650 TEUR für den Grunderwerb vorgesehen, so dass sämtliche Gewerbegrundstücke durch die Gemeinde an geeignete

Unternehmen vergeben werden können.

Straßensanierung

Für die Sanierung der Straßen wurde der Kostenansatz um 50 TEUR auf 120 TEUR aufgestockt. Darin enthalten ist zudem die Sanierung von Treppenaufgängen. Weitere 20 TEUR wurden für die gesetzlich vorgeschriebene Untersuchung der Brücken und deren Dokumentation vorgesehen.

Ortseingang von Untergrombach

Mit der Überplanung der alten Tankstelle am Ortseingang von Untergrombach kommend, soll von den Eigentümern eine Fläche für den künftigen Einbau eines Straßenteilers oder einer Verkehrsinsel auf der B3 erworben werden, wofür 100 TEUR veranschlagt wurden. Gleichzeitig könnte damit eine sinnvolle Neuordnung des gesamten Ortseingangsbereichs und der dort aufgestellten Schilder erfolgen.

Lärmschutzwall/Autobahn

Mit 100 TEUR ist der Grunderwerb für Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Bau des Lärmschuttwalls verbunden. Die erforderlichen Nachweise und Berechnungen liegen dem Landratsamt vor, so dass mit einer Genehmigung zum Bau des Lärmschuttwalls 2011 gerechnet werden kann. Die Vergabe der Bauleistungen ist hingegen noch zu klären.

Rathausplatz

Eine weitere Baumaßnahme ist für den Rathausplatz vorgesehen. Das unansehnlich gewordene Zeltdach soll durch eine breitere und mit mehreren Segeltüchern bespannte Konstruktion ersetzt werden. Hierfür liegt ein entsprechendes Angebot bereits vor. Die Kosten sind mit 35 TEUR veranschlagt.

Straßenlaterne

Die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung wird 2011 angegangen. Aufgrund der Wirtschaftlichkeitsberechnungen werden jedoch noch keine LED-

Leuchten, sondern Natrium-Dampflampen mit dem typischen Gelblicht eingebaut.

In einem ersten Schritt hat der AUT entschieden, die Pilzleuchten im Gemeindegebiet zu ersetzen und mit der neuen Technik auszustatten. Insgesamt sind in den Jahren 2011 und 2012 dafür 300 TEUR jeweils hälftig veranschlagt.

Friedhofskapelle

Für Unterhaltungsarbeiten an den Wegen und dem hinteren Parkplatz des Friedhofes sowie an der Kapelle sind insgesamt 47 TEUR vorgesehen. Zudem soll eine neue Lautsprecheranlage für die Beschallung der Kapelle beschafft werden. Der Ansatz hierfür beträgt 5 TEUR.

Bauhof

Für Sanierungsmaßnahmen auf dem Bauhofgelände und an den Gebäuden sind 50 TEUR veranschlagt. Im Rahmen des Winterdienstes hat sich gezeigt, dass das Salzlager weiter zu vergrößern ist, um die erheblichen Kostenvorteile des Einkaufs in der Sommerzeit nutzen zu können.

Forstwirtschaft

Die Neustrukturierung der Forstwirtschaft wird den Gemeinderat 2011 beschäftigen. Dies betrifft sowohl den Wald an sich, wie auch die Mannschaft der Waldarbeiter. Zudem soll nach Lösungen gesucht werden, wie der Zuschussbedarf von 185 TEUR jährlich dauerhaft reduziert werden kann.

Zudem werden die Bereiche Kiespacht und Holzhackschnitzel zur Stärkung der Transparenz künftig auf eigenen Kostenstellen verbucht, da insbesondere die Bereiche Aufbereitung, Lagerung und Transport der Holzhackschnitzel näher zu untersuchen sind.

Meine Damen und Herren, soweit meine Ausführungen zum kommunalen Haushalt. Ich hoffe die wichtigsten Punkte erfasst zu haben und komme nun zu unseren beiden Eigenbetrieben.

Eigenbetrieb Wasserversorgung

Bei einer geplanten Wassermenge von 445.000 m³ ergibt sich für 2011 eine leichte Unterdeckung von 26 TEUR, welche durch Überschüsse aus vergangenen Jahren ausgeglichen werden kann. Daher wird der Wasserpreis mit 1,40 EUR/m³ auch 2011 konstant gehalten werden.

Der Vermögensplan hat ein Volumen von 500 TEUR und beinhaltet neben der Tilgung von Krediten mit 80 TEUR auch die Auflösung der Landkreiszuschüsse für die Carix-Anlage und der Beiträge mit 90 TEUR. Größte Position sind die Planungsleistungen für den Neubau des Hochbehälters auf der Setz mit 245 TEUR.

Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen über Abschreibungen von 220 TEUR und eine Kreditaufnahme von 250 TEUR.

Durch die Investitionen in die Wasserleitungen, aber vor allem in den Neubau des Hochbehälters wird der Wasserpreis in den kommenden Jahren erheblich ansteigen. Zunächst ist für 2012 eine Anpassung auf 1,75 EUR vorgesehen. Sollte die bisher noch nicht ausdiskutierte Konzessionsabgabe auf die Wasserversorgung erhoben werden, so wäre nach der mittelfristigen Finanzplanung mit einem Preis von 2,50 EUR/m³ zu rechnen. Die Verwaltung wird jedoch alle Möglichkeiten ausschöpfen einen solch starken Anstieg zu verhindern.

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Der zum 01.01.2011 aus dem kommunalen Haushalt ausgegliederte Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung rechnet mit einer Abwassermenge von 436.000 m³, wovon sich bei einem Abwasserpreis von 1,70 EUR/m³ eine Unterdeckung von 129 TEUR errechnet. Daraus folgt, dass der Abwasserpreis bereits 2011 um 30 Cent/m³ Abwasser angepasst werden müsste.

Dies kann jedoch aus rechtlichen

Wasserversorgung Weingarten Erfolgsplan - Wassergebühr

	Ergebnis 2009	voraussichtl. Ergebnis 2010	Planansatz 2011	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Planansatz 2014
Vortrag Vorjahresergebnis	+ 250.500,89 €	+ 324.916 €	+ 252.630 €	+ 226.630 €	+ 226.630 €	+ 277.630 €
Gewinn lfd. Jahr	+ 74.415,04 €	- €	- €	- €	+ 51.000 €	+ 51.000 €
Verlust lfd. Jahr	- €	- 72.286 €	- 26.000 €	- €	- €	- €
Vortrag Jahresabschluß	+ 324.915,93 €	+ 252.630 €	+ 226.630 €	+ 226.630 €	+ 277.630 €	+ 328.630 €
ungedeckter Aufwand	539.463,49 €	697.420 €	649.000 €	779.000 €	1.074.000 €	1.074.000 €
Wasserverbrauch gesamt	447.000 m ³	446.000 m ³	445.000 m ³	445.000 m ³	450.000 m ³	450.000 m ³
kalkulierter Preis je m ³	1,40 €	1,40 €	1,40 €	1,75 €	2,50 €	2,50 €

GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 20

Wasserversorgung Weingarten Vermögensplan

	Ergebnis 2009	voraussichtl. Ergebnis 2010	Planansatz 2011	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Planansatz 2014
Hochbehälter	0,00 €	17.664 €	245.000 €	1.660.000 €	1.240.000 €	0 €
Verteilungsanlagen	100.431,78 €	28.851 €	20.000 €	890.000 €	1.206.000 €	210.000 €
Maschinen und maschinelle Anlagen	2.001,11 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00 €	7.708 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Erwerb langfristiger Vorräte	30.845,91 €	25.073 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
Jahresverlust	0,00 €	72.286 €	26.000 €	0 €	0 €	0 €
Auflösung Ertragszuschüsse	90.226,24 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €
Tilgung von Krediten	71.553,30 €	297.532 €	80.000 €	139.000 €	196.000 €	205.000 €
Finanzierungsfehlbetrag aus Vorjahren	229.138,85 €	209.225 €	1.085 €	0 €	0 €	0 €
Erübrigte Mittel laufendes Jahr	0,00 €	0 €	8.915 €	14.915 €	72.915 €	0 €
Gesamt	536.909,66 €	750.340 €	500.000 €	2.822.915 €	2.833.915 €	534.000 €

GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 21

Wasserversorgung Weingarten Investitionen

	Ergebnis 2009	voraussichtl. Ergebnis 2010	Planansatz 2011	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Planansatz 2014
Hochbehälter						
Hochbehälter Kirchberg	0,00 €	0 €				
Hochbehälter Katzenberg	0,00 €	17.664 €	245.000 €	1.660.000 €	1.240.000 €	0 €
Hochbehälter Sallenbusch	0,00 €	0 €				
Hochbehälter Bild/Sohl	0,00 €	0 €				
Gesamt	0,00 €	17.664 €	245.000 €	1.660.000 €	1.240.000 €	0 €
Verteilungsanlagen						
Leitungsnetz kleinere Maßnahmen	45,10 €	5.288 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Erneuerung Versorgungsleitungen Kirchstraße	6.270,01 €	0 €				
Versorgungsleitung Kirchberg-Mittelweg	0,00 €	13.563 €		150.000 €	696.000 €	
Erneuerung Versorgungsleitung Schmalensteiner	9.194,07 €	0 €				
Erneuerung Versorgungsleitung Luisenstraße - Te	3.214,18 €	0 €				
Versorgungsleitung Heidengass I	51.749,44 €	0 €				
Ringschluss Breitwiesweg - Höhefeldstraße				220.000 €		
Ringschluss Am alten Friedhof - Georgstraße					80.000 €	
Ringschluss Georgstraße - Zulauf HB Kirchberg					160.000 €	
Erschließung im Bruch				150.000 €		
Erschließung Waldbrücke-Süd (ehem. TSV)					150.000 €	
Erschließung Gewerbegebiet Sandfeld 1 und 2				150.000 €		
Paulusstraße zwischen Burg- und Bahnhofstraße				200.000 €		
Schillerstraße zwischen Paulus- und Luisenstraße					100.000 €	
Burgstraße im Bereich zwischen Neue Bahnhofstraße und Höhefeldstraße						190.000 €
Hausanschlüsse	29.958,98 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Gesamt	100.431,78 €	28.851 €	20.000 €	890.000 €	1.206.000 €	210.000 €

GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 22

Abwasserbeseitigung Weingarten Erfolgsplan - Abwassergebühr

	Ergebnis 2009	voraussichtl. Ergebnis 2010	Planansatz 2011	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Planansatz 2014
Vortrag Vorjahresergebnis	+ 318.782,77 €	+ 13.630 €	- 152.265 €	- 281.265 €	- 188.265 €	- 95.265 €
Gewinn / Gebührenaussgleich lfd. Jahr	- €	- €	- €	+ 93.000 €	+ 93.000 €	+ 83.500 €
Verlust / Gebührenaussgleich lfd. Jahr	- 305.153,13 €	- 165.894 €	- 129.000 €	- €	- €	- €
Vortrag Jahresabschluss	+ 13.629,64 €	- 152.265 €	- 281.265 €	- 188.265 €	- 95.265 €	- 11.765 €
ungedeckter Aufwand						
Schmutzwassermenge	1.014.046,63 €	875.894 €	870.000 €	809.000 €	809.000 €	818.500 €
	436.900 m ³	425.000 m ³	436.900 m ³	440.000 m ³	440.000 m ³	440.000 m ³
kalkulierter Preis je m ³	1,70 €	1,70 €	1,70 €	2,05 €	2,05 €	2,05 €

GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 23

Gründen nicht geschehen. Das Urteil zur gesplitteten Abwassergebühr verpflichtet die Gemeinde rückwirkend ab dem 01.01.2010 entsprechend abzurechnen. Dies kann mangels eines korrekten Abrechnungsmaßstabs derzeit nicht erfolgen, und so sind auch die für 2011 erstellten Gebührenbescheide nur unter Vorbehalt ergangen.

Zum Thema gesplittete Abwassergebühr möchte ich an dieser Stelle ganz offen meine Abneigung ausdrücken.

Denn obwohl auch Anreize zur Öffnung von versiegelter Fläche oder zum Einbau von Zisternen gesetzt werden – die Kosten des Verwaltungsaufwands und der jährlichen Pflege des Datenbestandes stehen außer Verhältnis zu ihrer Wirkung. Und ob danach alles gerechter ist – möchte ich dahin gestellt lassen.

Der Vermögensplan hat ein geringes Volumen von 397 TEUR, das die ordentliche Tilgung mit 105 TEUR, die Auflösung von Ertragszuschüssen mit 152 TEUR und die Deckung

des Fehlbetrages von 129 TEUR ausweist. Die Finanzierung erfolgt aus Abschreibungen mit 280 TEUR und Abwasserbeiträgen mit 117 TEUR, so dass Kreditaufnahmen 2011 nicht erforderlich werden.

Die Mittelfristige Finanzplanung enthält die notwendigen Ausgaben für die Kanalnetzerneuerungen sowie die Erschließung der Neubaugebiete. Zur Finanzierung werden in den Jahren 2012 bis 2014 insgesamt 1,9 Mio. EUR an Darlehen erforderlich werden.

Bedingt durch die zusätzlich entstehenden Finanzierungskosten und die aktuell bereits vorhandene Unterdeckung im Abwasserbereich wird ab 2012 eine Erhöhung des Abwasserpreises auf 2,05 EUR/m³ erforderlich sein.

Meine sehr geehrten
Damen und Herren,

was Sie nun von mir vorgetragen bekommen haben, ist wenig erbaulich und dennoch handelt es sich um harte Fakten. Es macht mich betroffen in meinem ersten Haushalt eine solche Bilanz der Kostensteigerungen, die fast alle Bereiche betreffen, ziehen zu müssen. Jedoch die Gründe hierfür sind offen gelegt.

Eine weitere Verschiebung von Entscheidungen würde der Gemeinde Weingarten und seiner Eigenständigkeit zum Nachteil gereichen. Die Verwaltung bleibt auf Dauer aufgefordert, Verbesserungspotenziale zu erkunden, um die Belastungen der Einwohner Weingartens so gering wie möglich zu halten.

Der Gemeinderat wird sich weiter mit der Haushaltskonsolidierung befassen, wofür ich die Einrichtung einer entsprechenden Haushaltsstrukturkommission vorschlage.

Zum Schluss möchte ich Herrn Bittner, den Amtsleitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die

Abwasserbeseitigung Weingarten Vermögensplan

	Ergebnis 2009	voraussichtl. Ergebnis 2010	Planansatz 2011	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Planansatz 2014
Verteilungsanlagen	571.945,79 €	84.433 €	11.000 €	930.000 €	1.611.200 €	350.000 €
Maschinen und maschinelle Anlagen	10.854,40 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Jahresverlust	0,00 €	165.894 €	129.000 €	0 €	0 €	0 €
Auflösung Ertragszuschüsse	143.325,00 €	152.000 €	152.000 €	152.000 €	152.000 €	152.000 €
Tilgung von Krediten	0,00 €	0 €	105.000 €	120.000 €	145.000 €	156.000 €
Finanzierungsfehlbetrag aus Vorjahren	0,00 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Erübrigte Mittel laufendes Jahr	0,00 €	0 €	0 €	17.000 €	59.800 €	75.300 €
	729.480,69 €	402.328 €	397.000 €	1.219.000 €	1.968.000 €	733.300 €

GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 24

Abwasserbeseitigung Weingarten Investitionen

	Ergebnis 2009	voranschätzl. Ergebnis 2010	Planansatz 2011	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Planansatz 2014
Verteilungsanlagen						
Leitungsnetz kleinere Maßnahmen	1.332,80 €	0 €	11.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Erneuerung Kanalisation Kirchstraße	8.711,40 €	0 €				
Versorgungsleitung Kirchberg-Mittelweg		31.160 €		150.000 €	1.171.200 €	
Erneuerung Versorgungsleitung Schmalensteinweg		0 €				
Burgstraße im Bereich zwischen Neue Bahnhofstraße und Höhefeldstraße						340.000 €
Paulusstraße zwischen Burg- und Bahnhofstraße				170.000 €		
Schillerstraße zwischen Paulus- und Luisenstraße					130.000 €	
Erschließung Waldbrücke-Süd					300.000 €	
Erschließung Im Bruch				300.000 €		
Erschließung Gewerbegebiet Sandfeld				300.000 €		
Abwasserbeseitigung ländlicher Raum	353.857,36 €	37.479 €				
Entlastungskanal		13.099 €				
Erneuerung Versorgungsleitung Luisenstraße - Teil	-28.850,89 €	0 €				
Kanalerneuerung Heidengäss I	2.337,50 €	0 €				
Ausbau Vorflut West 1. BA	234.292,42 €	2.537 €				
Zuschüsse	265,20 €	159 €				
Hausanschlüsse		0 €				
	571.945,79 €	84.433 €	11.000 €	930.000 €	1.611.200 €	350.000 €

GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

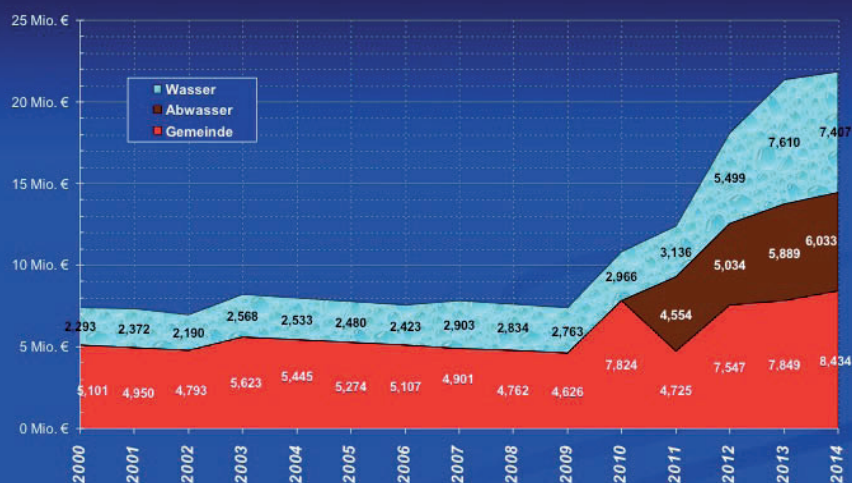
Folie 25

an der Erstellung und Beratung des Haushaltes mitgewirkt haben danken.

Ich darf Sie bitten, dem vorliegenden Haushalt 2011 sowie den Wirtschaftsplänen unserer Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zuzustimmen.

Schuldenentwicklung

Gesamt (Gemeinde inkl. Eigenbetriebe) – in Mio. €



GR-Sitzung 28.02.2011 -
Haushaltsverabschiedung 2011

Gemeinde Weingarten (Baden)

Folie 26

Haushaltsrede der CDU-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Gerald Lopp



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Allgemein

Weingarten ist eine unter vielen Kommunen in Baden-Württemberg die unter den Auswirkungen der teils durch die von Land und Bund aufgezwungenen Lasten, teils durch rückläufige Steuereinnahmen oder reduzierten Zuweisungen leidet.

Eine Pressemitteilung des Gemeindetages Baden-Württemberg vom 20.01.2011 macht diese Situation deutlich:

- **Trotz wirtschaftlichem Aufschwung ist die finanzielle Belastung der Kommunen in Baden-Württemberg weiter alarmierend,**
- **Städte und Gemeinden haben ihre Reserven aufgezehrt,**
- **Sozialkosten sprengen die Kreishaushalte.**

Soweit der Gemeindegtag B.W. Was heißt das nun? D. h., die prognostizierten Steuerzuwächse im Jahr 2011 werden durch steigende Ausgaben aufgezehrt. Investitionen können sich viele Kommunen in Zukunft aus eigener Kraft nicht mehr leisten: Die Zahl der Städte

und Gemeinden mit einer negativen Zuführung vom Vermögenshaushalt (VMH) in den Verwaltungshaushalt (VWH) steigt von 36 % in 2009 auf 59 % 2011 an.

Die Erklärung des Gemeindetages BW ist genauso einfach wie zutreffend: „... die Ausgabenentwicklung, insbesondere bei den Sozialleistungen und beim Ausbau der Kinderbetreuung, ist der Einnahmenentwicklung davon gelaufen.“ Die Nettokreditaufnahme 2011 wird sich gegenüber 2009 vervierfachen.

Trotz gleicher Grundprobleme hat Weingarten jedoch in der Vergangenheit viele Dinge bereits erledigt, die bei anderen Kommunen noch anstehen. Trotzdem lassen sich geplante Investitionen, wie z.B. die 2. Ausbaustufe des Freibades, nicht mehr so schnell umsetzen, wie wir das ursprünglich gewünscht haben.

Im Ergebnis haben uns die Haushalts-Diskussionen im Verwaltungsausschuss gezeigt, dass wir den Entwurf für 2011 richtig eingeschätzt hatten. Deshalb vorweg, die CDU wird dem Haushalt 2011 zustimmen!

Haushalt 2010

Vor Betrachtung des HH 2011 ist es erforderlich nochmals kurz auf den HH 2010 zurückzublicken. Zum ersten Mal musste der Gemeinderat einen Nachtragshaushalt in beträchtlicher Höhe für ein Haushaltsjahr verabschieden.

Dieser Nachtragshaushalt stellte sich allerdings aus unserer Sicht im Ergebnis nicht ganz so dramatisch dar, wie es zunächst den Anschein hatte. Von den geplanten 2,37 Mio Euro muss im Ergebnis ein deutlich geringerer Betrag von „nur“ 240.000 EUR vom VMH in den VWH zugeführt werden – aber es ist und bleibt letztlich doch eine negative Nettoinvestitionsrate.

Haushalt 2011

Für uns alle überraschend konfrontierte uns Bgmst. Bänziger frühzeitig mit einem strukturellen HH-Defizit in Höhe von rd. 1,5 Mio. Das war auch für uns bisher in dieser Höhe nicht erkennbar. Somit war die Ausgangsbasis für die diesjährigen HH-Beratungen grundsätzlich anders. Wir haben es nun mit einem „Dauerbrenner“ zu tun, der ursächlich von den durch die Gemeinde zu tragenden Betreuungsangeboten für Kleinkinder, Kinder und Jugendliche herrührt, und der uns viele Stunden der Beratung gekostet hat.

Da stellt sich natürlich die Frage: „Woher kommt dieses strukturelle Defizit so plötzlich?“

Die Antwort darauf lautet: Die Ausgabenentwicklung, insbesondere bei den Sozialleistungen und beim Ausbau der Kinderbetreuung, ist der Einnahmenentwicklung davon gelaufen, auch in Weingarten - meine sehr geehrten Damen und Herren. Dazu kommt, dass unsere Reserven durch die Investitionen der Vergangenheit aufgezehrt sind.

Das ganze in Zahlen aufgelistet bedeutet nicht anderes, als:

- Gestiegene Personalkosten, an denen man eigentlich nicht rütteln kann.
- Mehrausgaben für Kinderbetreuung, alleine bei den Kindergärten zusätzlich rund 150.000 Euro
- Kosten für die Kleinkindbetreuung unter drei Jahren, mit rund 700.000 Euro.
- Investitionsrückstellungen für die gemeindeeigenen Gebäude mit 500.000 Euro

Meine Damen und Herren, rein rechnerisch wäre das HH-Strukturdefizit mit drei großen Positionen im Haushalt auszugleichen gewesen.

1. Personal

Wir streichen die fünf Personalstellen im Bürgerbüro 250.000 Euro

2. Infrastruktur

Das Hallenbad wird geschlossen 400.000 Euro

Die Investitionsrücklagen werden ausgesetzt 500.000 Euro

Die Rückführung Grundbuchamt 80.000 Euro

3. Gebühren und Steuern

Elternbeiträge werden erhöht 140.000 Euro

Kostendeckung Friedhof zu 100% 70.000 Euro

Steuererhöhung 108.000 Euro

Und das wäre es dann gewesen.

Ein Haushalt der durch „emotionsloses Anheben und Streichen“ in 10 Minuten deutlich verbessert wäre. Das entspricht aber erfreulicherweise nicht dem Verständnis der Gemeinderatsmehrheit zu dem ihr übertragenen Auftrag.

Gemeinsam haben wir es unter den erschwerten Gegebenheiten geschafft, für 2011 eine vertretbare Lösung zu finden. Aber für die Zukunft hat die CDU-Fraktion natürlich andere Ansprüche, denn wir sind u. e. auf Dauer noch nicht ausreichend aufgestellt.

Meine Damen und Herren, neben Maß und Ziel ist auch Kontinuität angesagt. Wir wollen für unsere Bürger berechenbar bleiben und erstmal bewusst nicht zuviel einsparen und damit auch gewachsene Strukturen nicht zerstören. Oder glauben Sie, dass das, was heute erhöht oder gestrichen wird, morgen gleich wieder rückgängig gemacht wird, sollte sich der Haushalt besser darstellen als erwartet? Die Erfahrung mit dem Nachtragshaushalt hat uns gezeigt, dass es bei den Streichungen und Anhebungen auch maßvoller gehen kann, denn „es wird nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird!“.

Wir halten es aber dennoch für richtig und wichtig, ggf. mit einer kleinen Haushaltskommission an der Behebung unserer Strukturprobleme gezielt zu arbeiten. Dabei denken wir aber nicht in erster Linie an die weitere Belastung unserer Bürger sondern an die Möglichkeiten und Chancen Mehreinnahmen zu generieren.

Jetzt könnte man natürlich der CDU Fraktion vorwerfen keinen Willen zum ernsthaften Sparen zu haben und, dass wir Sparvorschläge ablehnen würden, ohne Finanzierungsalternativen aufzuzeigen. Dieser Vorwurf ginge ins Leere. Die CDU hat den Impuls zur Finanzierung der Sanierungsmaßnahme Walzbachhalle gegeben. Wir haben zusammen mit der Grünen Liste Weingarten den Vorschlag für eine Finanzierung des Abenteuerspielplatzes eingebracht.

Wir hatten bei der HH-Debatte, ob bei Kostenbeteiligungen, bei Leistungskürzungen oder Steuer- und Abgabenerhöhungen immer ein klares Ziel: **Maßhalten!**

Und dies hat sich im Verlauf der Beratungen für uns als richtig bestätigt. Warum wir davon überzeugt sind begründet sich auch daraus, dass wir durchaus Reserven im Haushalt sehen.

Ein Beispiel dazu. Eine Investitionsposition von 30.000 Euro hat die HH-Beratungen ohne Schaden passiert. Obwohl gerade diese Position noch im Vorjahr zu heftigen Diskussionen zwischen einer Fraktion und dem Bürgermeister geführt hat und für die das Scheitern des Haushaltes 2010 in Kauf genommen worden ist. Diese 30.000 EUR **wie eine Grundsteuer B-Erhöhung um 10% Punkte auf!** Daraus kann man sehen, was wir konkret meinen und warum wir um eine maßvolle Grundsteuererhöhung gekämpft haben.

Zum Einkommenssteueranteil der Gemeinde ist anzumerken. Er ist die größte Position an den Einnahmen der Gemeinde. Vergleichen Sie das Wachstum der Gemeinde in den letzten 12 Jahren mit rd. 1.000 Einwohnern mit

der Entwicklung der Einkommenssteuer in diesem Zeitraum. Unserer Meinung nach ist die Gemeinde in diesem Zeitraum kontinuierlich und verträglich gewachsen, obwohl parallel dazu die Einkommenssteuerentwicklung überproportional angestiegen ist. Soviel zum Wahlthema „Wachsen“ und „Wuchern“ einer GR-Fraktion bei der letzten Kommunalwahl.

Ich möchte sie nicht mit einer Gesamtschau langweilen, zumal die Redezeit etwas kürzer bemessen ist. Lassen sie mich daher auf einige ausgesuchte Positionen des HH eingehen.

Die Investitionen in unsere Kinder und Jugend sind neben den Personalausgaben für die Verwaltung der größte Posten im Haushalt.

- Gesetzlich verpflichtende Kleinkindbetreuung rd. 700.000 Euro
- Mehrkosten für Betreuung in den Kindergärten rd. 150.000 Euro
- Mehrkosten für Betreuung in der Schule rd. 120.000 Euro

Natürlich drängt sich die Frage auf, warum haben wir einen so teuren Ausbau der Betreuungsangebote. Die Antwort ist einfach. Entweder die Gemeinde erbringt diese Leistung oder andere Kommunen oder der Landkreis erbringen diese für uns Kraft Gesetzes.

Kosten entstehen für uns in jedem Fall, und, liebe Kollegen der SPD, wer jetzt hergeht und dies auf unsere Landesregierung schiebt, hat etwas nicht verstanden. Natürlich ist diese Situation auch für uns CDU-Gemeinderäte nicht befriedigend. Nur, wenn ich nach Rheinland-Pfalz schaue, wo die SPD-Regierung das Füllhorn der guten Taten über die Kindergärten bzw. den Eltern der Kinder, ausschüttet, finanziert mit Geld über den Länderfinanzausgleich, auch aus Baden-Württemberg, dann müssen wir fragen **ist das gerecht?**

Diese hohen Betreuungskosten dürfen

nicht ausufernd sozialisiert werden und schon gar nicht den Kommunen zu Last gelegt werden. Die Kommune will und muss helfen, dort, wo Vorort Not und Mangel vorherrschen. Alles andere ist „schön zu haben“ aber darf nicht unbedingt zu Lasten der Gemeinschaft gehen.

Kostenbeteiligung und Eigenleistung sind wichtige Eckpfeiler im Finanzhaushalt der Kommune. Die müssen wir mehr einfordern.

Auch oder gerade bei unserem Jugendzentrum. Wir wünschen nicht nur, sondern wir erwarten, auch hier endlich ein Umdenken. Eine Kostenreduzierung kann durch mehr Eigeninitiative oder Strukturveränderungen und Übernahme anderer, sonst von der Gemeinde zu finanzierender bzw. zu tragender Positionen, erfolgen. Insbesondere, darf ich an die Kostendeckelung von 65.000 Euro erinnern, die von der CDU für das Jugendzentrum eingefordert wurden, aber mit der wir uns im Gemeinderat nie haben durchsetzen können.

Wir sehen uns mit der Aufstellung der Gemeinde hinsichtlich der Schulsozialarbeit und der aufsuchenden Jugendarbeit, in Verbindung mit einer Einrichtung wie dem Jugendzentrum, auf einem guten Weg. Die CDU hat sich immer dafür stark gemacht Jugendliche von der Straße zu holen und professionell, aber auch ehrenamtlich in den Vereinen, zu betreuen. Die mit einer frühzeitigen Intervention und Prävention vermiedenen Folgekosten für unsere Gesellschaft können wohl nicht konkret aufgerechnet werden und sollten deshalb auch nicht in Frage gestellt werden.

Wir haben aber nicht nur Kinder und Jugendliche in unserer Gemeinde, sondern auch viele ältere Mitbürger. Deswegen halten wir z.B. den Zuschuss für einen Bus-Pendel-Verkehr vom Haus Edelberg in den Ort, grundsätzlich für ein begrüßenswertes Signal des Verstehens der Wünsche unserer alten Bürger.

Einen guten Ansatz, sich den Senioren im Ort, noch mehr anzunehmen sehen wir auch in der Arbeit der ehrenamtlichen Helfer der Kirchengemeinden und sozialen Einrichtungen.

Der Wald ist nach wie vor eine Einnahmequelle der Gemeinde. Obwohl, im Gegensatz zu den bisherigen Haushalten, die attraktive Kiespacht-Einnahme für 2011 erstmals aus dieser HH-Position herausgenommen wurde. Die Holz-Einnahmen sprudeln momentan zwar auch nicht so, wie wir das gerne hätten, schon gar nicht unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Wir haben aber hier einen HH-Posten, bei dem sich im Gegensatz zu anderen Positionen des Haushaltes die Personalausgaben und die Einnahmen immer noch nahezu die Waagschale halten.

Der Winter 2010/2011 war bislang hart, was die Belastung für unsere Straßen betrifft. Gehwege, öffentliche Plätze aber insbesondere die **Fahrbahnen** sind teilweise in einem **verheerenden Zustand**. Das was man z.B. im „Mittelweg“ als Fahrbahn bezeichnet, ist nur eine Aneinanderreihung von Schlaglöchern und ist nicht hinnehmbar. Auch anderweitig sind die Straßen Weingartens alleine durch die Spuren dieses Winters in einem schlechten Zustand. Wir begrüßen natürlich die **eingestellten Eigenmittel** für die Reparatur der größten Schäden. Aber, Herr Bürgermeister, wir bitten Sie heute nochmals, **vom Land Zuschüsse zu fordern**, um wenigstens einen Teil der außergewöhnlichen **Kosten** abfedern zu können. Wenn sie dafür politische Unterstützung benötigen, denke ich sind alle Parteien des Gemeinderates bereit für sie ihre Kontakte zum Land BW zu nutzen.

Herr Bürgermeister, seit geraumer Zeit haben wir das Gefühl, dass das Projekt Bahnübergang „Häcker“ und die damit verbundene Entlastungsstraße im Süden unserer Gemeinde, stagniert. Zwischenzeitlich kursieren auch Kostenschätzungen in unterschiedlicher Höhe für den Bau einer Unterführung. Wir halten es für dringend erforderlich dieses Projekt

schnellstmöglich mit einer Aussage von Seiten des Regierungspräsidiums mindestens zu einem Zwischenstand zu führen. Die Gemeinde und die Bürger dieser Gemeinde müssen wissen, was Sache ist. Es ist verwunderlich und spricht für die große Geduld, mit welcher Zurückhaltung die betroffenen Anwohner der belastenden Straßen sich anscheinend mehr oder weniger in ihr Schicksal fügen.

Auch bei der Jöhlinger Straße ist uns bewusst, dass wir nicht kurzfristig eine verbesserte Lösung erreichen werden. Wir sehen auch hier die Notwendigkeit das Thema aktiv anzugehen und haben dazu nochmals einen konkreten Antrag gestellt.

Das ehrenamtliche Engagement ist unserer Fraktion viel Wert. Doch nicht jede Wertschätzung kann in barer Münze beglichen werden. Wir haben deshalb auch den Antrag gestellt, die Sportlehrungen von Seiten der Gemeinde in einem anderen Rahmen stattfinden zu lassen. Herr Bürgermeister Bänziger hat das, erweitert auf alle anderen Ehrungen, mit dem 1. Bürgerball in einem sehr schönen Rahmen gut umgesetzt. Die CDU wird beides, die finanzielle und die wertschätzende Förderung des Ehrenamtes weiterhin aktiv unterstützen.

Viele Bürger fragen aber nach dem Neujahrsempfang, sie halten den Bürgerempfang für eine gute Idee, finden den politischen Teil jedoch unpassend. Dem möchten wir uns anschließen. Bürgerversammlung, Bürgerball und Neujahrsempfang dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen.

Landesweit gibt es einen Trend die Grundsteuer und die Gewerbesteuer anzuheben. Die Kommunen sind teilweise regelrecht am Ende, sie wissen nicht mehr ein noch aus. Das ist bei uns derzeit noch nicht so der Fall. Wir sehen es daher als richtiges Signal an, Abgaben, egal welcher Art, angepasst und maßvoll zu erhöhen. Wenn ich es richtig interpretiert habe, waren wir uns im Gemeinderat fraktionsübergreifend

einig, die Gewerbesteuer 2011 nicht zu erhöhen. Unsere Gewerbegebiete sind mangels nicht abgeschlossener funktionaler Verkehrsanbindung ja auch nicht besonders attraktiv. Wir freuen uns deshalb über jeden Gewerbetreibenden der in Weingarten bleibt oder hier ankommt, was oftmals aus reiner Verbundenheit zur Heimatgemeinde erfolgt.

Wichtig ist für uns das permanente Bereithalten von Gewerbeflächen, aber auch die Vermarktung der bestehenden Gewerbebrachen. Bei den innerörtlichen Gewerbebrachen befürworten wir eine schonende Neuwidmung oder Umnutzung, in Bezug auf die gewachsene, nachbarschaftliche Bebauung. Dahingegen sehen wir bei den im Gewerbegebiet liegenden Brachen mehr Spielraum. Insbesondere im Gewerbegebiet an der Werner - Siemens - Straße, entlang der Bahnlinie Richtung Baggersee.

Es missfällt uns, wenn unsere Gewerbegebiete dazu missbraucht werden, „Schein“-Gewerbetreibenden einen günstigen Wohngrund zu verschaffen. Wir sind interessiert an Gewerbetreibenden die Arbeitsplätze schaffen und Gewerbesteuerentnahmen generieren. Dafür stellt die Gemeinde günstigen Gewerbegrund und Infrastruktur zur Verfügung. Für alle anderen Spekulationen und Nutzungen ist uns der Grünflächen- und Ackerflächenverbrauch zu schade.

Wasserhaushalt

Wir nehmen auch hier die Zustimmung zu den vorgelegten Wirtschaftsplänen des Wasser- und Abwasserhaushaltes vorweg.

Wir sehen für uns die Problematik des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes in den zukünftigen Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung und im Eigenbetrieb Wasserversorgung übertragen. Ohne Erhöhungen von Gebühren werden wir die notwendigen Investitionen wie z.B. Ringschlüsse und Neubau des Wasserbehälters Katzenberg wohl nicht leisten können. Wobei in diesen Bereichen das Verursacherprinzip schon heute zum Tragen kommt.

Lediglich das Einführen einer Konzessionsabgabe ist für uns noch zu diskutieren.

Ausblick

Was beschäftigt uns noch.

Die Innenraumverdichtung, bei der es gilt drei maßgebliche Punkte zusammenzubringen. Einerseits das Problem des daraus resultierenden ruhenden Verkehrs.

Andererseits die Flächenversiegelung und der Einschnitt in die „Grünen Lungen“ Weingartens. Natürlich stehen wir nach wie vor dazu, an geeigneter

Stelle, eine Stichstraßenlösung anzustreben.

Damit würde ein qualitativ besseres Bauen in erster Reihe ermöglicht. Zudem wäre der ruhende Verkehr in das Innere des Quartiers verlagert und nicht außen herum.

Eine intelligente Baulösung mit guter Stellplatzsituation, sehen wir am lobenswerten Beispiel der „Zehntscheuer“ oder auch bei der geschickten Flächenausnutzung in der Bahnhofstraße 85. Dadurch konnte ein möglicher zusätzlicher Parkdruck für unsere wichtige Einkaufsstraße vermieden werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn der Haushalt dieses Jahr anders verlief als in den Vorjahren und Veränderungen stattgefunden haben, sollten wir daran denken, dass das, was gestern noch Gültigkeit hatte, nicht falsch gewesen sein muss, weil es heute anders gemacht wird.

In diesem Sinne möchte ich mich zum Ende meiner Haushaltsrede beim Bürgermeister und der Verwaltung für die gute Vorarbeit und die Geduld bei den Beratungen bedanken.

Unser Dank gilt ganz besonders unserem Kämmerer, Herrn Bittner, der in diesem Jahr der Umstellung besonders stark gefordert war.

Die CDU-Fraktion stimmt den vorliegenden Haushalten 2011 zu.

Haushaltsrede der WBB-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Hans Barth



Sehr geehrte Damen und Herren,

vor gar nicht so langer Zeit konnte die Finanzlage der Gemeinde als „glänzend“ bezeichnet werden. In einer seiner letzten Reden kündigte der vorige Bürgermeister Anfang 2010 dann an, dass die Gemeinde künftig „den Gürtel enger“ schnallen müsse.

Wie sieht es nun für das Neue Jahr 2011 aus?

Eine der ersten Aufgaben des neuen Bürgermeisters war, für den noch unter seinem Vorgänger verabschiedeten Haushaltsplan 2010 einen notwendig gewordenen Nachtragshaushalt aufzustellen und zur Verabschiedung zu bringen.

Sodann legte er dem Gemeinderat einen Haushaltsentwurf für 2011 zur Beratung vor, der im Verwaltungshaushalt einen strukturellen Fehlbetrag von ca. 2 Mio. € auswies; dieses Defizit war

nicht einmalig, sondern strukturell und hätte sich laufend weiter erhöht; die Gemeinde wäre in kurzer Zeit zahlungsunfähig geworden. Bei Kürzungen in dieser Höhe zum Ausgleich des Haushalts wäre jedoch, so der Bürgermeister im vergangenen Herbst, „ das Gemeindeleben tot “ gewesen.

So schnell änderte sich die Finanzlage der Gemeinde, von „glänzend“ und „gut aufgestellt“ hin zur „Konsolidierung, um eine Sanierung zu vermeiden“.

Natürlich waren viele, auch äußere Ursachen wie Verringerung der Finanzzuweisungen des Landes infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise für den entstandenen Fehlbetrag mitverantwortlich.

Entscheidender Grund für den so hohen Fehlbetrag waren jedoch die vom Bund - von allen Parteien gewollten - neuen Vorgaben für die Kinderbetreuung, die bei der Gemeinde nach Abzug der Landesmittel und der Eigenanteile der Eltern im Plan 2011 zu Kosten in Höhe von ca. 2,1 Mio. € führten

Hier müssen zunächst das Land und mit ihm der Bund für einen viel weitergehenden Kostenausgleich sorgen, weil landauf, landab Städte und Gemeinden wegen Rekorddefiziten Steuern und Gebühren erhöhen und Ausgaben kappen (siehe ausgelegten FAZ – Artikel vom 15.2.2011).

Unabhängig davon ist es natürlich Aufgabe des Gemeinderats, den vorhandenen Fehlbetrag durch Einnahmeerhöhungen und Einsparungen wo immer möglich zu verringern, insbesondere durch

- Geringhalten von Instandsetzungen und Investitionen , ohne dass ein Verschieben auf die nächsten Jahre kontraproduktiv wirken würde,
- Neue „Freiwillige Leistungen“, sollten nur bei dringender Notwendigkeit und dem Nachweis der Finanzierbarkeit erfolgen; allein deshalb wäre für uns die Sonderförderung des SV Germania nach dem Gewinn der Deutschen Meisterschaft nicht

vertretbar gewesen, auch wenn wir dem Verein genauso gerne eine Siegesprämie gegönnt hätten.

- Die mit der Mehrheit der Grünen Liste, der CDU, der SPD und den Freien Wählern dennoch getragene Entscheidung im Gemeinderat war deshalb aus unserer Sicht das absolut falsche Signal!
- Bei der weiteren Stellschraube der Steuererhöhungen trägt die WBB-Fraktion die Anhebungen bei der Grundsteuer A, B sowie der Hunde – und Vergnügungssteuer mit.

Auf Vorschlag der Verwaltung werden in Summe Ausgaben um 2 % gekürzt und dadurch eine Ausgabenverringerung um ca. 300.000,- € jährlich erreicht.

Folgende weitere Positionen bedürfen aus Sicht der WBB einer Einzelstellungnahme:

1. Änderung der Bestattungsgebühren

Die letzte Kalkulation der Bestattungsgebühren aus dem Jahr 2004 würde heute nur noch eine Kostendeckung von ca. 65 % erbringen. Auch wurde auf dem Friedhof das Kolumbarium erstellt, das demnächst eröffnet wird. Es musste daher eine neue Gesamtkalkulation für die einzelnen – ab 1. April 2011 in Kraft tretenden – höheren Nutzungsgebühren erstellt werden (ein Restanteil von ca. 10 % der Gesamtkosten verbleibt bei der Gemeinde). Die WBB-Fraktion trägt diese Entscheidung mit.

2. Energetische Sanierungen

Die Modernisierung der Straßenlampen, der Einbau einer Heizung für das Feuerwehrhaus und den Kindergarten sind jetzt auf dem Weg der Realisierung. Die WBB sieht mit Zufriedenheit, dass ihre beiden Anträge, wenn auch mit zweijähriger Verspätung, langsam umgesetzt werden. Sie verspricht sich mit ihnen eine nachhaltige Entlastung des Verwaltungshaushalts und eine

Amortisation der Investitionskosten bereits in wenigen Jahren.

3. Lärmschutzwall entlang der BAB im Bereich des Ortsteils Waldbrücke

Die lange Planungsdauer des Vorhabens, verursacht durch die Vergrößerung des benachbarten Wasserschutzgebietes und Artenschutzbelange, führte zu einer Kostenerhöhung von ursprünglich fast „0“ auf inzwischen 450.000,- €. Der Wall ist jedoch immer noch billiger als eine Lärmschutzwand; der für den Waldverlust von ca. 5 ha nötige Erwerb von 1,8 ha Ausgleichsfläche ist unvermeidlich. Es werden in den nächsten Jahren ca. 28.000 LKW-Ladungen (!) an Erdreich durch das Dorf gefahren werden, eine direkte Zufahrt über die Autobahn ist offenbar leider nicht möglich.

4. Weitere Gewerbegebiete?

Die letzte Entscheidung im Gemeinderat betreffend weiterer Gewerbegebiete, hier: „Sandfeld III“, zeigte die Sensibilität des Themas und die Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Bewahrung von Landschaft, insbesondere nach den sehr zwiespältigen Erfahrungen im Gewerbegebiet Rehlinger/Kehrwiesen. Die WBB-Fraktion tritt zunächst dafür ein, noch vorhandene, auch teils brachliegende Gewerbeflächen zu nutzen, bevor neue Flächen für gewerbliche Ansiedlungen ausgewiesen werden.

5. Abwasser: Umwandlung in einen Eigenbetrieb

Diese vom Gemeinderat beschlossene Maßnahme schafft natürlich keinen finanziellen Spielraum; durch die Bündelung der Verwaltungs- und Investitionsmaßnahmen für Abwasser in der (buchhalterischen) Schaffung eines Eigenbetriebs wird aber die Transparenz des Gemeindehaushalts verbessert, ebenso wie bei der Wasserversorgung, die bereits als „Eigenbetrieb“ läuft.

Die Finanzierung der Abwassermaßnahmen wird, wie beim Wasser, durch Umlagen zum Ausgleich der entstehenden Kosten gesichert. Die

WBB trägt den Beschluss für die Bildung eines Eigenbetriebs „Abwasser“ mit.

Der Abwasserpreis wird demnächst gesplittet und zwar nach Verbrauch und versiegelter Fläche. Der jetzige Preis von 1,70 € wird ab 2012 auf 2,12 € steigen.

Beim Wasser wird der Preis von zurzeit 1,40 € ab 2012 auf 1,75 € und danach auf 2,50 € (!) steigen. Hauptgrund dafür ist der - durch die Siedlungspolitik der vergangenen Jahre notwendig gewordene - neue Wasserhochbehälter auf dem Katzenberg.

6. Bahnunterführung bei der künftigen Südrammung

Die bisher hierfür im Haushalt genannte Summe von 7 bzw. 7,5 Mio. €, als von der Gemeinde zu tragender Mehrkostenanteil, erstaunt. Diese Zahl ist in der aktuellen, zur Entscheidung vorliegenden Fassung des Haushaltes nicht mehr enthalten. Warum? Die Investitionen der mittelfristigen Finanzplanung wurden in der Endfassung herausgenommen, weil sonst der Haushalt nicht mehr genehmigungsfähig gewesen wäre. So eng geht es zu!

Erlauben Sie mir trotzdem ein paar Worte zu dem Thema, das uns alle bewegt: das Regierungspräsidium hat den Gemeinderat im Sommer 2008 über die Kosten einer Straßenbrücke über die Bahn in Höhe von ca. 8 – 9 Mio. € und die Mehrkosten einer Unterführung in Höhe von 17 Mio. € unterrichtet. Die bisher im Haushalt erwähnten 7 bzw. 7,5 Mio. € wären die von der Gemeinde zu tragenden Mehrkosten, um ein Brückenbauwerk zu vermeiden. Diese Kosten sind nach unserer Meinung zu hoch angesetzt.

Zunächst einmal ist es nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz allein Aufgabe von Bund, Land und Bahn, für die Kosten eines Brückenbauwerks hier: der L 559 mit der Bahnlinie, aufzukommen. Nachdem im Gemeinderat bereits früher alle Parteien und Wählervereinigungen nur für eine Unterführung waren, können die genannten Baulastträger kaum

eine Brückenlösung gegen den Willen der Gemeinde durchführen.

Der derzeitige Zustand des schienengleichen Bahnübergangs wird aber spätestens dann beseitigt werden müssen, wenn seitens der Bahn der Druck zur Beseitigung des Bahnübergangs wächst.

In der 24. WBB-Frühstückszeitung vom Frühjahr 2009 hat unser ehemaliges Gemeinderatsmitglied Gerhard Reis, zu dem Thema einen fachlich recherchierten Beitrag über verschiedene Vergleichsbauwerke aus der Umgebung geschrieben.

Wir sind der Meinung, die Gemeinde sollte ihre ablehnende Haltung gegen eine Überführung endlich offiziell (!) gegenüber den übergeordneten Behörden erklären, damit diese aufhören, mit einem solchen Bauwerk

gegen den Willen der Gemeinde zu planen. Hierzu beantragen wir, dass der Gemeinderat den dazu nötigen Beschluss fasst. Der schriftliche Antrag liegt der Verwaltung vor.

7. Wochenendgebiete Effenstiel und Gehren

Die WBB ist sehr zufrieden, dass sich dem Vorschlag eines interfraktionellen Antrages alle Parteien außer der Fraktionsgemeinschaft CDU und Freie Wähler angeschlossen haben. Ziel ist, den Wildwuchs in den genannten Gebieten zu unterbinden.

Wir sind mit den inzwischen erarbeiteten Lageplänen des Bauamtes sehr zufrieden und loben die damit befassten Mitarbeiter. Die Pläne sind als Grundlage und erster Schritt für die zu treffenden Maßnahmen der Gemeinde von hohem Wert.

Aus der Vielzahl der verschiedenen dort errichteten Vorhaben zeigen einige, mit welcher Unverfrorenheit (auch Weingartener) Bürger glauben, eigenmächtig und am Gesetz vorbei Bauvorhaben, teils zum dauernden Wohnen, in diesen Gebieten errichten zu können.

Die WBB unterstützt die Verwaltung

bei ihrem Bemühen, mit der Baugenehmigungsbehörde hier endlich „Linie“ zu schaffen!

8. Konzept Jugendzentrum

Hierfür werden jährlich etwa 100.000 € aufgewendet. Unsere jahrelange Forderung nach mehr Kontaktaufnahme und mehr Vernetzung mit den Vereinen unseres Ortes wurde von den Verantwortlichen bislang völlig ignoriert. Die Verwaltung sollte ein neues Konzept vorlegen, das mit wesentlich weniger Kosten auskommt und in dem die Verknüpfung mit Vereinen und Schule ein wichtiger Bestandteil ist.

9. Vereinsförderung

Bei der Vereinsförderung spricht sich die WBB trotz der finanziellen Schwierigkeiten wegen ihrer Bedeutung für das ganze Dorf für die vollständige Beibehaltung der bisherigen Förderungen aus!

Schlussbetrachtung:

Die WBB-Fraktion trägt abschließend den Haushaltsplan 2011 trotz der schmerzhaften Ausgabenkürzungen und Einnahmehöhen sowie einem für uns besorgniserregenden Anstieg der Verschuldung Ende 2011 auf 4,6 Mio. € (plus Wasserhaushalt 4,5 Mio. €, plus Abwasserhaushalt 3,1 Mio. €) mit.

Dagegen wird eine Erhöhung der Gesamtverschuldung bis 2014 auf ca. 22 Mio. aus heutiger Sicht kaum von uns mitgetragen werden können.

Bei manchen Entscheidungen über Einzelpositionen hätten wir uns von den anderen Fraktionen mehr Unterstützung für weitergehende Sparanstrengungen gewünscht.

Warnungen der WBB vor einem strukturellen Defizit, praktisch seit ihrer Gründung im Jahre 1994, wurden immer abgetan mit Worten wie: „man muss andere Prioritäten setzen“, bei Einsparbemühungen in den Haushaltsberatungen wurde die WBB meist allein im Regen stehen gelassen und als „Neinsager“ abqualifiziert.

Heute fühlt sich unsere Fraktion mit ihren Warnungen ein weiteres Mal voll bestätigt. Wir betrachten unsere Zustimmung trotz der hohen Verschuldung auch als Vertrauensvorschuss an unseren neuen Bürgermeister. Da uns das hohe strukturelle Defizit von mindestens einer Million Euro die nächsten Jahre begleiten wird, darf aus unserer Sicht für teure Wahlgeschenke und Popularitätszusagen an Vereine kein Platz mehr sein!

Immerhin konnte für 2011 trotz der hohen Kinderbetreuungskosten die negative Zuführungsrate durch gemeinsame Anstrengungen auf 1,2 Mio. € reduziert werden, aber eine

vollständige Beseitigung des Defizits sollte in den nächsten Jahren unser aller Ziel sein.

Der Ernst der Lage wird besonders darin deutlich, dass der Haushalt nur unter großen Bemühungen überhaupt genehmigungsfähig gemacht werden konnte; für die Investitionen in Höhe von ca. 1,7 Mio. € in 2011 stehen keine Überschüsse zur Verfügung, sie müssen vielmehr – und voraussichtlich auch in den Folgejahren - kreditfinanziert werden.

Die WBB-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2011 einschließlich dem Wasser- und dem Abwasserhaushalt zu.

Wir danken den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, allen voran dem Kämmerer, Herrn Norbert Bittner, sowie dem Bauhof, vor allem dem Winterdienst und den vielen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde.

Wir danken insbesondere dem neuen Bürgermeister Eric Bänziger für dessen fachkundigen Einsatz und seine Führung des Gemeinderats, die von dem Ziel getragen war, dass die Weingartener Bürger ihm und ihrem Gemeinderat vertrauen, die Bürger sich trotz der Sparbemühungen in ihrem Dorf weiter wohlfühlen, und eine mittelfristige Haushaltssanierung festes Ziel ist.

Haushaltsrede der SPD-Fraktion gehalten von Gemeinderat Wolfgang Wehowsky



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

„Es ist problematisch mit Prophezeiungen, insbesondere, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen.“ An diesen Satz von Karl Valentin fühle ich mich erinnert, wenn ich die Haushaltsreden von Anfang letzten Jahres mit dem Ausblick in diesem Jahr vergleiche. Aus den grauen wirtschaftlichen Aussichten für 2010 sind wesentlich erfreulichere

Perspektiven für 2011 geworden. Großes Jammern und Wehklagen wurde abgelöst von einer sich in der Wirtschaft ausbreitenden Euphorie, die die Hoffnung in sich trägt, dass dieser Zustand nun wirklich auf absehbare Zeit so bleibt. Hier könnte ich jetzt mit Kurt Tucholsky antworten, der auf solche Entwicklungen treffend formulierte: „Alles ist richtig, auch das Gegenteil!“

- Nicht dass jemand denkt, ich hätte mir diese Ausführungen vom wissenschaftlichen Dienst des Landtages formulieren lassen. Alles in Eigenregie erarbeitet und zusammengestellt! -

Wir können nun rückblickend mit Stolz feststellen, dass die kräftige Erholung der deutschen Konjunktur im vergangenen Jahr zum stärksten Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung geführt hat. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2010 um 3,6 % gestiegen, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden kürzlich festgestellt hat. Im Krisenjahr 2009 war die deutsche Wirtschaft noch um 4,7 % eingebrochen und hatte den stärksten Rückgang seit dem Zweiten Weltkrieg verzeichnet. Noch sind wir also nicht bei einer realen Steigerung des Bruttosozialprodukts

angekommen. Wir befinden uns aber auf dem besten Weg das verbliebene Negativwachstum auszugleichen.

Die entscheidende Frage ist allerdings, wann dieser Aufschwung mit allen positiven Konsequenzen auch bei den Kommunen und damit bei den Menschen ankommt. Für die Lebensqualität der Menschen in unserem Land und für den Erfolg des Wirtschaftsstandorts Deutschland sind die Güte und die Verlässlichkeit kommunaler Leistungen entscheidend. Auch bei der Bewältigung der großen gesellschaftlichen Aufgaben wie Chancengerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Integration, demographischer Wandel, Umwelt- und Klimaschutz nehmen die Städte wie auch Gemeinden und Kreise eine Schlüsselrolle ein. Eines kann sicherlich festgestellt werden: Die finanzielle Ausstattung der Kommunen lässt weiterhin zu wünschen übrig. Das Haushaltsjahr 2011 bleibt von einer gravierenden defizitären Entwicklung der Kommunalhaushalte geprägt. Erst am 14. Februar 2011 hat der Deutsche Städtetag auf die dramatische Finanzsituation der Kommunen hingewiesen. Danach beträgt das Finanzierungsdefizit der Kommunen

in diesem Jahr fast 10 Milliarden €, das höchste Defizit seit Bestehens der Bundesrepublik Deutschland! Verursacht wird diese Dramatik insbesondere durch steigende Sozialausgaben (u. a. Kinder- und Jugendhilfe).

Wir werden diese Probleme in Baden-Württemberg nicht los, so lange sich das Land nicht an das Konnexitätsprinzip hält (wer bestellt, der bezahlt)! Dies wirkt sich besonders gravierend bei den erheblichen Mehraufwendungen der Kommunen für die Kinderbetreuungskosten aus.

Zu beklagen ist ebenfalls die 2004/2005 eingestellte Unterstützung des Landes für die im Schulalltag immer wichtiger werdende Schulsozialarbeit. Sicherlich kann der jetzt unter Beteiligung der SPD erreichte Kompromiss zu den Hartz IV-Regelsätzen und dem Bildungspaket für Familien, mit dem aus Bundesmitteln 3.000 Schulsozialarbeiter an den Schulen finanziert werden sollen, auch künftig zur Verbesserung der Kostenbelastung in unserem Haushalt beitragen. Bei den Betreuungsangeboten in den Schulen und beim Ausbauder Ganztageschulen verweigert die Landesregierung den Städten und Gemeinden bislang eine faire Lastenverteilung. Man sperrt sich dagegen, die Ganztageschule als eine mögliche Schulform im Schulgesetz zu verankern. Dies hat zur Folge, dass für viele Aufgaben eines Ganztageschulbetriebs nicht das eigentlich zuständige Land, sondern die Kommune bzw. der Schulträger in die finanzielle Pflicht genommen wird. Ein einfaches Beispiel ist dafür die Aufsicht beim Mittagessen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Diskussion über den Erhalt der Gewerbesteuer. Die auf Bundesebene anstehende Gemeindefinanzreform muss den gravierenden Finanzierungsproblemen der Kommunen in erster Linie Rechnung tragen. Deshalb darf die Gewerbesteuer nicht – wie es die Bundesregierung ursprünglich erwogen hat – abgeschafft, sondern sie muss dauerhaft erhalten werden. Diese

Steuer ist und bleibt ein unverzichtbares Band der Gemeinde mit der örtlichen Wirtschaft. In unserem diesjährigen Haushalt werden dafür immerhin zwei Millionen Euro veranschlagt.

Zum Haushalt der Gemeinde Weingarten 2011

1. Haushaltsausgleich

Nach umfangreichen und sehr langwierigen Beratungen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes sowie der jeweiligen Einzelpläne für die Eigenbetriebe kommen wir heute zur Verabschiedung der Haushaltssatzung. Auch im diesjährigen Haushalt benötigen wir eine Zuführungsrate vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt in Höhe von 1,2 Millionen Euro. Es besteht Anlass zu großer Sorge was die Entwicklung unserer Finanzen betrifft, denn die negative Zuführungsrate wird sich mittelfristig, also von 2012 bis 2014 – weiter erhöhen. Unsere Verschuldung, die dieses Jahr 4,62 Mio. € beträgt (die Abnahme ist auf die Ausgliederung des Bereiches Abwasser zurückzuführen), wird sich 2012 auf 7,35 Mio. € und 2014 auf über 8 Mio. € nahezu verdoppeln. Dies dürfte die Genehmigungsfähigkeit künftiger Haushalte erheblich beeinträchtigen.

Um die Einnahmesituation der Gemeinde etwas zu verbessern, ist es in diesem Jahr leider unumgänglich, die Hebesätze für die Grundsteuer A und B anzuheben; dies ist aber – wie ein Vergleich mit anderen Gemeinden zeigt – sehr moderat. Nach Abschluss der Anhebung liegen wir immer noch unter dem Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden.

Darüber hinaus haben wir als Gemeinderat auch ein Auge auf die kostenrechnenden Einrichtungen zu werfen und dort eine höhere Kostendeckung in den Fokus zu nehmen. Falls sich die finanzielle Situation in den nächsten Jahren nicht wesentlich ändern sollte, werden wir gezwungen sein, erhebliche Eingriffe auf der Ausgabenseite des Haushalts

vorzunehmen. Davon macht dann die SPD-Fraktion auch ihre Zustimmung zum Haushalt abhängig.

Meine Fraktion würde es zudem begrüßen, wenn die kommenden Haushaltsberatungen flüssiger und in engerer zeitlicher Folge durchgeführt werden könnten. Wenn man sich, wie derzeit, fünf Monate lang mit den Haushaltsansätzen im Einzelnen befassen muss, fehlt es dem einzelnen Gemeinderat letztlich aufgrund der Komplexität der Zusammenhänge an der notwendigen Gesamtsicht der unterschiedlichen Haushaltstitel.

2. Neue Gewerbegebiete

Besondere Sorge macht unserer Fraktion das Verhalten des Gemeinderats zum Thema „Gewerbegebiete“. Fast überflüssig ist zu sagen, dass zu jeder Gemeinde eine vernünftige Gewerbspolitik gehört. Schon seit geraumer Zeit kann unsere Gemeinde Interessenten für Gewerbegrundstücke kaum noch geeignete Standorte und Flächen anbieten. Daher hatte die SPD-Fraktion im Mai vergangenen Jahres den Antrag gestellt, diesem Missstand abzuwehren. Die Gemeindeverwaltung, spricht der Bürgermeister, hat diesen Antrag positiv aufgenommen und im Gemeinderat vorgetragen. Der Gemeinderat hat jedoch die von der Verwaltung vorgeschlagene Fläche (- sie muss ja im Flächennutzungsplan als solche schon vorgesehen sein -) im Sandbrügel und Sandfeld auf knapp die Hälfte zusammengestrichen. Die Argumente, die man gegen ausreichend Gewerbeflächen vorbringen kann, hat Herr Kollege Flinspach kürzlich zusammengeschrieben. Jedes einzelne Argument für sich allein klingt gut und plausibel, die Konsequenz, die er und seine Mitstreiter daraus ziehen, ist unserer Meinung nach aber falsch. Um diese Bewertung ins richtige Licht zu setzen, darf ich den Blick einmal auf einige andere Gemeinden im Landkreis werfen:

- a) In Stutensee - Ortsteil Blankenloch - will man zwischen Sportplatz und Gewerbegebiet eine Erweiterung namens

„Süd III“ mit 6,2 Hektar Netto-Bauland genehmigen lassen.

- b) In Graben-Neudorf bemüht man sich um die Genehmigung des Gewerbegebietes „Streitgärten III“, man höre und staune mit einer Größe von 20 Hektar, um die Niederlassung der Firma SEW ausreichend erweitern zu können.

Wie putzig und kleinkariert sehen da die 2,8 Hektar in Weingarten aus. Offensichtlich ist Weingarten wieder einmal dabei, seine Zukunftschancen zu schmälern und sich selbst auf den Füßen herzustellen. Um ihren Informationsstand noch etwas aufzufrischen. Die finanziellen Rücklagen der eben genannten Gemeinden liegen jeweils deutlich über 10 Millionen Euro, die wenigen 100.000 Euro von Weingarten nehmen sich dagegen eher dürftig aus.

Wir haben sowieso den Eindruck, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in letzter Zeit im Gemeinderat kleingedredet werden, was ebenfalls nicht nach unserem Geschmack ist. Ohne die verlässliche Einnahme aus der Gewerbesteuer könnten wir die sozialen Ausgaben der Gemeinde nicht finanzieren!

Ich will den Sachverhalt noch aus einer anderen Perspektive beleuchten: In der Regel sind es CDU-Fraktionen in Stadt- und Gemeinderäten, welche Gewerbepolitik und die Ausweisung von Gewerbegebieten voranbringen. Warum dies in Weingarten anders ist, ist mir völlig unklar. Selbst im Walzbachtal haben sich alle Gemeinderatsfraktionen in seltener Einmütigkeit massiv für neue Gewerbe- und Industriegebiete bei den diesjährigen Haushaltsreden ausgesprochen.

3. Kinderbetreuung

Hier haben wir die größte Ausgabensteigerung im Haushalt zu verzeichnen. Der Zuschussbedarf für die gesamte Kleinkindbetreuung beläuft sich 2011 auf etwas mehr als 2 Millionen Euro gegenüber noch 1,76 Millionen Euro im Jahr 2010 - beides abzüglich der

Einnahmen aus Zuweisungen vom Land und der Elternbeiträge. Nach Inbetriebnahme von weiteren 30 Plätzen des privaten Anbieters Pro Liberis im ehemaligen Plus-Gebäude wird sich der Zuschussbedarf weiter erhöhen. Die Landesregierung ist bislang lediglich dazu bereit, die Landesförderung der Kleinkindbetreuung in einem Stufenplan bis 2014 von 10 auf maximal 20 Prozent der Betriebskosten anzuheben (zurzeit sind es rd.17, 5% der Kosten). Diese Beteiligung ist nach unserer Ansicht völlig unzureichend. Notwendig wäre es, dass das Land die Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen in gleichem Umfang fördert, wie die Plätze im Kindergarten, also mit einer Kostenbeteiligung von einem Drittel.

Schon etwa zwei Jahre lang plagt sich unsere Fraktion damit herum, eine Harmonisierung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulkinderhort zu erreichen. Mehrere Versuche, die Verwaltung zu dem Thema initiativ werden zu lassen, sind bis jetzt nicht erfolgreich gewesen. Auch unsere Bemühungen, dieses Problem den Kandidaten bei der Bürgermeisterwahl 2010 nahe zu bringen, sahen zwar erfolgversprechend aus, haben uns aber letztlich noch nicht weitergebracht.

Wir sind mittlerweile sogar skeptisch, ob und inwieweit die Zusage, das Problem werde ab September 2011 gelöst sein, eingehalten wird. Wir werden aber von diesem Thema nicht ablassen!

Was uns positiv aufgefallen ist

Wir möchten uns bei Bürgermeister Bänziger nochmals bedanken, dass es der Gemeindeverwaltung möglich war, innerhalb von wenigen Monaten einen langjährigen Wunsch der SPD-Fraktion in die Tat umzusetzen. Wir haben nun ein barrierefreies Bürgerbüro mit den bürgerfreundlichsten Öffnungszeiten im gesamten Landkreis. Dieser Service für die Bürgerinnen und Bürger ist von unschätzbarem Wert, weil er aus einer abstrakten Behörde, wie dies nun einmal das Rathaus ist, einen per-

sönlichen Dienstleister für alle kommunalen Angelegenheiten macht.

Die Einrichtung eines Eigenbetriebes „Abwasserversorgung“ begrüßen wir, auch die dadurch voraussichtliche erzielbare Verbesserung von Landeszuweisungen aus dem Ausgleichsstock. Bei der Umsetzung des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs BW geht die SPD-Fraktion davon aus, dass bezüglich der Abwassergebühr beim Normalverbraucher keine wesentliche Änderung eintritt.

Auch die im E-Bau im letzten Jahr eingerichtete Schulmensa, darf man mit Fug und Recht als besonderen Aktivposten der Gemeinde bezeichnen. Wir können dort jetzt ein gemeinsames Mittagessen an Schul- und Hortkinder in bester Qualität ausgeben. Von diesem Angebot könnten auch die Kindergartenkinder aus benachbarten Ganztagesgruppen profitieren.

Die Einrichtung einer gemeinnützigen Bürgerstiftung haben wir mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen. Es bleibt zu hoffen, dass wir durch eine ausreichende Zahl an Zustiftungen aus dem Kreis unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger bald das anvisierte Stiftungskapital erreichen.

5. Gesamtkonzeption Ganztageschule

Nachdem wir bei der Turmberg-Werkrealschule eine Ganztageschule genehmigt bekommen haben, hält die SPD die Zeit für gekommen, diese auch auf die Grundschule auszudehnen. Wir müssen unsere Grundschule jetzt für den Ganztageschulbetrieb fit machen.

Allgemeines

Den Willen zum Sparen kann man dem Gemeinderat sicherlich nicht absprechen. Was wir von der SPD-Fraktion aber nicht wollen, ist irgendeine pauschale Kürzung bei den freiwilligen Leistungen der Gemeinde, wie z. B. bei den Zuschüssen an die Vereine. Die globale Minderausgabe i. H. v. 160 TSD € tragen wir mit, wobei es sich

dabei in erster Linie um Einsparungen bei den Personalaufwendungen und Sachkosten der Gemeinde handelt.

Im Gemeinderat geht es derzeit auch um die Verlegung der Sportanlagen und der Vereinsgaststätte des TSV in das Gewann Bruch (beim neuen Freibad). Meine Fraktion legt Wert auf die Feststellung, dass bei dem zu erschließenden Baugebiet in der Waldbrücke auf dem bisherigen TSV-Gelände auch an junge Familien mit Kindern gedacht wird. Für sie sollten Erbauplätze vorgesehen werden.

Beim Thema Wasserversorgung haben wir schon letztes Mal auf die Notwendigkeit des Baus eines neuen Hochbehälters am Katzenberg hingewiesen. Die Planungen treten nun in die entscheidende Phase. Für 2011 bleibt der Wasserpreis mit 1,40 € pro Kubikmeter noch unverändert. Da die Investitionen über die Gebührenhaushalte auszugleichen sind, ist es unvermeidlich, dass der Wasserpreis ab 2012 spürbar

steigen wird.

Zum guten Schluss noch eine Anregung: Wir sind gerade dabei eine vorbildliche Kinderbetreuung aufzubauen. Vergessen dürfen wir dabei aber keinesfalls die Seniorenberatung und - Betreuung. Lassen sie uns doch eine Zukunftswerkstatt in Weingarten einrichten, die sich mit den Belangen der älteren Menschen, z. B. dem Bedarf für „Betreutes Wohnen“ beschäftigt. Dabei sollte u.a. der Ortsseniorenrat als sachverständiges Gremium mit einbezogen werden.

Ich schließe mich gerne dem Dank meiner Vorredner - gerichtet an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungsamtes unter Leitung von Herrn Bittner - an, die das gesamte Zahlenwerk vorbereitet und für uns die Entscheidungsgrundlagen erstellt haben. Wir stellen fest, dass auch nach dem Wechsel an der Spitze der Verwaltung die sachliche und fachliche Kompetenz im Finanzbereich an vorderster Stelle steht. Außerdem danken wir Bürger-

meister Eric Bänziger und der gesamten Verwaltung für die Unterstützung, die uns bei den Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse zuteil wurde. Wir verbinden dies mit der Bitte, bei Gremiensitzungen vertretbare und den üblichen Gepflogenheiten entsprechende Zeitvorgaben einzuhalten, die als Obergrenze spätestens 21:30 Uhr vorsehen. Dieser Dank gilt gleichermaßen allen Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Auch allen im Bauhof und den im Forst tätigen Mitarbeitern der Gemeinde sprechen wir unseren Dank für ihr großes Engagement aus.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt der Gemeinde Weingarten für das Jahr 2011 und den Wirtschaftsplänen der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung für 2011 zu.

Haushaltsrede der Fraktion der Grünen Liste Weingarten

gehalten von Gemeinderätin Monika Lauber



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn auch die Wirtschaftskrise überwunden scheint, so befinden sich

unsere Gemeindefinanzen keinesfalls im Aufwind.

Zur Deckung künftiger Haushalte müssen nach unserer mittelfristigen Finanzplanung in steigendem Umfang Geld aus der allgemeinen Rücklage entnommen und neue Kredite finanziert werden.

Wir stehen, wie auch andere Gemeinden und Städte, vor dem größten Haushaltsloch aller Zeiten.

Die Frage lautet natürlich immer: „Wie kann es dazu kommen?“ Als Gemeinde haben wir kaum Fehlleistungen zu verantworten. Es wurde nicht in windige Geschäfte investiert, keine Prachtbauten finanziert, nicht verkauft und teuer zurückgekauft und auch keine Schneeballsysteme aufgebaut, welche dann im finanziellen Chaos unter einem zugehörigen, vom Steuerzahler finanzierten, Rettungsschirm endeten.

Verwaltung und Gemeinderat haben gemeinsam versucht mit den vorhandenen Mitteln möglichst viel zu erreichen, haben in eine gute Infrastruktur und die Weiterentwicklung zu einer familienfreundlichen Gemeinde investiert. Es wird dieses Jahr besonders deutlich, wie stark fremdbestimmt unser Haushalt ist, sowohl bei der Aufgabenzuweisung als auch bei den Finanzen. Kurz- immer mehr Aufgaben, immer weniger Geld. Die Kommunale Selbstverwaltung wird so zu einer Mangelverwaltung.

Es zeichnet sich ausgerechnet in der für uns wichtigsten Zukunftsaufgabe, der Bildung und Betreuung von Kindern, eine so deutliche Schiefelage der Finanzierung ab, dass diese von den Kommunen nicht mehr hinnehmbar ist. Bund und Land schieben wie gehabt den Gemeinden und Städten

Aufgaben zu, ohne sich an der damit verbundenen finanziellen Ausstattung zu beteiligen.

Im Bereich Schule und Kindergärten geschieht dies schleichend. Waren wir früher für das Schulgebäude, die Ausstattung und geringe Personalkosten wie z.B. Hausmeister zuständig, so kamen durch den Ausbau zur Ganztageschule viele neue Kosten auf uns zu.

Schulessen muss abwechslungsreich sein und gut schmecken um von den Kindern angenommen zu werden. Es sollte gesund und finanzierbar sein, damit es von den Eltern akzeptiert wird. Das hatte auch das Land erkannt, seine schriftliche Empfehlung zum Thema Schulessen abgegeben, um uns dann am ausgestreckten Arm verhungern – sprich ohne Mitfinanzierung - zu lassen. Der Zuschuss zum Essen in der Mensa beträgt inzwischen 32.000 Euro jährlich, was nach 10 Jahren der Investitionssumme des ganzen Mensagebäudes entspricht.

Durch den Ausbau der Kernzeitbetreuung kommt es zur Verdoppelung der Personalkosten. Die Finanzierung durch die Gemeinde ist von etwa 70.000 Euro/ 2009 auf geplante 140.000 Euro angestiegen – trotz Anhebung der Elternbeiträge. Im Bereich Schule/ Kernzeit werden die Kosten um ein Drittel von 500.000 Euro in 2009 auf etwa 750.000 Euro/2011 ansteigen.

Für die Kindergärten übernimmt die Gemeinde 94% der nach Abzug der Elternbeiträge verbleibenden Betriebskosten. 2010 und 2011 wurden die Gebühren deutlich angehoben, die Landeszuweisungen betragen etwa 400.000 Euro und trotzdem verbleibt für die Gemeinde ein Zuschussbedarf von 1,3 Millionen Euro jährlich. Auch hier ist durch Verlängerung der Öffnungszeiten, mehr Ganztagsbetrieb und den Umbau der Kindergärten zu echten Bildungsstätten mit weiter steigenden Personal- und Investitionskosten zu rechnen.

Auf ganz wackeligen Beinen steht die

Finanzierung der Kleinkindbetreuung, bei der das Land bisher gerade mal 10% der Betriebskosten übernommen hat und diese auch noch zeitversetzt ausbezahlt! Die Gemeinde hat sich bei der Umsetzung des Tagesbetreuungsgesetzes sehr engagiert, es wurden inzwischen circa 70 Plätze geschaffen. Durch Sharingmodelle und die Vermittlung von Tagespflegestellen durch den, ebenfalls von uns finanziell unterstützten, Tageselternverein liegt die Anzahl der tatsächlichen Plätze noch etwas höher.

Um es noch mal zu betonen. Wir möchten ausreichend qualitativ gute Betreuungsangebote mit den entsprechenden Öffnungszeiten, die sich an den Lebens- und Arbeitsrealitäten von Eltern orientieren und für alle finanzierbar sind. Die Forderung nach zumindest einem gebührenfreien Kindergartenjahr wird ja inzwischen - zumindest theoretisch - in jedem Parteiprogramm gefordert! Wir finden, dass der Ausbau von Betreuungsangeboten und die Weiterentwicklung von Schulen bei den Kommunen generell gut angesiedelt sind. Nur die Gemeinden selbst wissen, wie die Bedürfnisse vor Ort aussehen und wie Synergieeffekte, z.B. bei der Nutzung von Gebäuden, geschaffen werden können. Die Gemeinden werden versuchen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ihre Standorte so attraktiv wie möglich, also familienfreundlich, zu gestalten. Aber ohne die notwendige Hilfe von "oben" – und ich meine jetzt nicht den lieben Gott – wird uns dies in ausreichendem Maß nicht mehr möglich sein.

Vor dem Hintergrund des auch so mitbeförderten strukturellen Haushaltsdefizits von über 1,5 Millionen Euro sehen die weiteren Investitionen natürlich dürftig aus. Wir müssen uns auf weniger als das Notwendige beschränken.

Unterhaltungs- und einige Sanierungsmaßnahmen unserer eigenen Gebäude, erste Schritte in die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung, Ausbesserung von Straßenbelägen

in bescheidenem Umfang. Ständiges Verschieben führt nur zu einer Erhöhung der entsprechenden Kosten in den Folgejahren. Investitionen in Wärmedämmung und Energieeffizienz entlasten die Umwelt und den Geldbeutel unserer Steuerzahler gleichermaßen. Wir begrüßen die Festsetzung von 1,5% Investitionskosten jährlich auf den tatsächlichen Wert unserer kommunalen Einrichtungen, um die Kosten für die Gebäudeunterhaltung künftig deutlicher im Blick zu behalten.

Auch das Instrument der Budgetierung in einzelnen Bereichen wie z.B. bei der Feuerwehr befürworten wir, zumal dann der Kompromiss zwischen Wünschenswertem und Finanzierbarem von den Betroffenen selbst entschieden werden kann.

Die Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission ist unter den finanziellen Gegebenheiten natürlich sinnvoll. Wunder dürfen nicht erwartet werden, wir versuchen aber mit unseren Sparmaßnahmen möglichst wenig Schaden anzurichten. Eine Wertung sämtlicher freiwilligen Leistungen und Einsparungen innerhalb der Verwaltung stehen, wie auch in der Sparrunde 2004 schon geschehen, an.

Dazu gehören für uns zuerst die ständige Überprüfung und Anpassung der Gebühren sämtlicher kommunaler Leistungen und Einrichtungen.

Die Parkgebühren am Baggersee z.B. waren und sind unserer Meinung nach zu niedrig und sollten erhöht werden.

Die Hallennutzungsgebühren wurden nach dem Umbau der Walzbachhalle/ Neubau der Kleiberitarena der Qualitätsverbesserung angepasst. Dies geschah in einem transparenten Prozess, die Vereine wurden mit einbezogen, es wurde viel diskutiert und der Gemeinderat hat dann im Gegenzug die Kinder- und Jugendförderung in ihren Vereinsrichtlinien deutlich erhöht. Für uns eine richtige Entscheidung. Daran möchten wir nichts mehr ändern. Gebühren sollten wir regelmäßig,

aber mäßig und nachvollziehbarer anpassen, damit wir nicht nach einigen Jahren oder gar erst Jahrzehnten eine nicht mehr sozialverträgliche Erhöhung beschließen müssen. Auch so muss Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit aussehen und wir werden da künftig mehr Farbe bekennen müssen.

Die Erhöhung der Friedhofs und Bestattungsgebühren sind notwendig, um in diesem Bereich endlich einen höheren finanziellen Deckungsgrad zu erreichen.

Die letzte Erhöhung der Grundsteuer liegt 5 Jahre zurück, diese wird nun um 10% bzw. 20% Punkte angehoben, für uns akzeptabel. Einer von manchem bzw. mancher geforderten, weitaus deutlicheren Erhöhung hätten wir nicht zugestimmt, dies wäre sogar ein Grund für uns gewesen den Haushalt abzulehnen. Es kann nicht sein, dass dem Bürger von einer Seite Steuererleichterungen versprochen und getätigt werden und die Anderen schauen müssen wie sie das dann fehlende Geld dem Bürger durch Leistungsverzicht und Erhöhung der kommunalen Steuern wieder aus der Tasche ziehen.

Auch Einsparvorschläge innerhalb der Verwaltung erwarten wir. Bisher wurde durch die Schaffung des Bürgerbüros, Umbaumaßnahmen am und im Rathaus und höhere Personalkosten deutlich mehr Geld ausgegeben als wir beabsichtigen künftig zu tun. Diese Einsparungen dürfen aber nicht nur Forst und Bauhof betreffen, sondern müssen in allen Bereichen der Verwaltung ansetzen.

Wir hatten schon immer die sehr aufwändige Pflege einiger Grünflächen in Weingarten bemängelt. Stiefmütterchen und Minibegonien wurden in stundenlanger Kleinarbeit gepflanzt, gehegt und gepflegt, dafür wurden andere Ecken unseres Ortes entsprechend vernachlässigt. Wir sind gespannt auf das neue Grünflächenkonzept der Verwaltung, hoffen aber, dass es nicht ausschließlich auf das Ausbringen von Kieselsteinen

beschränkt. Toll und erwähnenswert finden wir die Aktion unseres Försters, die öffentlichen Flächen beim Schwimmbad und Friedhof durch die entsprechende Blumenmischung in eine ständig blühende Wiese zu verwandeln. Vielleicht ließe sich dies kostengünstig auf die vorher genannten Flächen ausdehnen und würde, neben einem schönen Landschaftsbild, auch den heimischen Insekten dienen.

Wir regen an die Interkommunale Zusammenarbeit zu stärken und zwar nicht nur auf dem Papier. Gerade im Beschaffungswesen für Bauhof, Forst und Feuerwehr, z.B. beim Ersatzbedarf von Fahrzeugen und neuen Geräten sehen wir einige Möglichkeiten. Auch beim Dauerthema Schwimmbad erwarten wir mehr Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden. Auch wenn der Weingartner Blick noch nie in Richtung Bruchsal ging, sehen wir gerade da Möglichkeiten. In der Nachbargemeinde, mit passend vorhandenem Stadtbahnanschluss, wird zum Schuljahr 2011/2012 eine neue Grund- und Realschule eröffnet. Die Stadt Bruchsal hat in den vergangenen Jahren aus Kostengründen vier Lehrschwimmbecken schließen müssen. Wir sehen im gerade im Bereich Schulschwimmen und Sportanlagen noch sehr viel Potential um als Kommunen vorhandene Einrichtungen gemeinsam zu nutzen und auszulasten.

Beim Thema Schwimmbad wünsche ich mir für 2011 einen flexiblen Eröffnungstermin der Außenanlage, welcher dann auch dem gefühlten Sommerbeginn der Nutzer/innen entgegenkommt. Die Synergieeffekte von Hallen- und Freibad am gleichen Ort war schließlich Sinn der Verlegung.

Die Jugendmusikschule Bretten wird mit einem Betrag von höchstens 18.000 Euro jährlich bezuschusst. Diese Deckelung wurde vor einigen Jahren eingeführt, als die Musikschule einige teure Frühförderungsangebote in ihr Programm aufnahm. Wir waren übereinstimmend der Meinung, dass wir ausschließlich die Instrumental Ausbildung fördern wollen. Seit Februar besteht nun

auch eine Mitgliedschaft in der günstigeren Musikschule Hardt. Wie schon in dieser Gemeinderatsitzung ausgeführt, sehen wir einen noch zu entscheidenden Wechsel kritisch. Wir unterstützen ungern eine nur auf Honorarkräfte aufgebaute Einrichtung, sondern befürworten feste, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Außerdem zerstören wir damit die in 35 Jahren gewachsenen Strukturen mit offensichtlich guter Qualität, die es dann gilt bei einer "neuen" Musikschule wieder aufzubauen.

Wir stimmen dem vorliegenden Haushalt zu. Unser Dank geht an Bürgermeister Bänziger und die gesamte Verwaltung für die gute und geduldige Zusammenarbeit während der Haushaltsberatungen, ebenso an den Forst und die Mitarbeiter des Bauhofs für ihre geleistete Arbeit. Bedanken möchten wir uns wie immer an dieser Stelle bei allen Mitbürgern/innen, die sich in und für Weingarten auf vielfältige Weise engagieren und damit für eine lebendige Gemeinde sorgen.

Haushaltsrede der FDP-Fraktion gehalten von Gemeinderat Klaus Holzmüller



Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,

seit der Ortsbegehung am 11. Oktober 2010 beschäftigte sich der Gemeinderat in vielen Sitzungen, die häufig erst um 23 Uhr endeten, mit dem Haushalt 2011. Trotz der langen Diskussionen, konnte nicht wirklich viel eingespart werden.

Obwohl alle Freiwilligkeitsleistungen auf dem Prüfstand waren, muss die Gemeinde Weingarten für das Haushaltsjahr 2011 1,7 Mio. neue Schulden aufnehmen. Unter diesem Vorzeichen verwunderte es schon, dass drei Gemeinderatsgruppierungen dem SV Germania für die errungene Deutsche Mannschaftsmeisterschaft 10.000 € schenken wollten. Wer diesen Betrag auch noch als ein „Nasenwasser“ bezeichnet, hat den Ernst unserer Haushaltslage noch nicht verstanden. Hier bewahrheitet sich die alte Weisheit, dass man fremdes Geld leichter ausgibt als das eigene.

Gewerbegebiete

Dass Weingarten kaum noch Gewerbegrundstücke zur Verfügung hat und daher neue Gewerbegebiete erschlossen werden müssen, liegt auf der Hand. Allerdings war es hier auch richtig die ursprüngliche Planung und Umsetzung der Verwaltung im

Gebiet „Sandfeld“ mit insgesamt 5 Hektar erst einmal einzubremsen. Nach unserer Auffassung müssen zuerst vorhandene, brachliegende Gewerbeflächen, wie zum Beispiel das alte Sägewerk der Fa. Trautwein wieder einer vernünftigen Nutzung zugeführt werden. Unter vernünftiger Nutzung verstehen wir die Ansiedlung von Betrieben, die Arbeitsplätze schaffen und auch Gewerbesteuer zahlen. Gewerbegebiete, in denen Gebäude errichtet werden, die angeblich Musterhäuser sind oder gerade einmal 51% der Fläche angeblich gewerblich genutzt werden, zählen unseres Erachtens nicht dazu. Leider gibt es in Weingarten hierfür gleich mehrere negative Beispiele. Schon vor Jahren hatten wir einen Antrag gestellt, die private Wohnnutzung bei Gewerbegrundstücken stärker einzuschränken. Dies muss in den neu zu erschließenden Gewerbegebieten konsequenter umgesetzt werden.

Wieder ist der Haushalt 2011 mit auf die Erlöse aus Grundstücksverkäufen aufgebaut. Dass das so nicht weitergehen kann, muss aber jedem vernünftig denkenden Menschen einleuchten. Schließlich sind Flächen nicht vermehrbar.

In den Baugebieten „Südlich der Ringstraße“, „Gipfelsberg“ und „Inneres Aufeld“ sind noch Bauplätze frei. Die Überplanung des ehemaligen Schwab - Geländes in der Kanalstraße steht ebenfalls an. Bei der geplanten Verlagerung des TSV Geländes von der Waldbrücke zur Walzbachhalle sollen die beiden Sportplätze ebenfalls in Baugebiete umgemünzt werden.

Vor dem Hintergrund sinkender Einwohnerzahlen in der Bundesrepublik, macht es keinen Sinn, ständig neue Baugebiete zu erschließen.

Kleinkindbetreuung

Die Entwicklung bei der Kleinkindbetreuung hat in den letzten Jahren

eine eigene Dynamik angenommen. So sind für die drei Gruppen die im ehemaligen Plusmarkt zu Zeit geschaffen werden, schon mehr Anmeldungen eingegangen als Plätze angeboten werden können.

Allerdings bereiten uns die Kosten für die Kleinkindbetreuung erhebliche Sorgen. So kostet die Betreuung im „Zauberwald“ im Lärchenweg pro Jahr einen Zuschussbedarf von 280.000 €. Was bei zwanzig betreuten Kindern bedeutet die Gemeinde zahlt pro Kind 14.000.-€. Für die Kleinkindbetreuung für Kinder von 0 bis 3 Jahren hat die Gemeinde einen Zuschussbedarf von 650.000 €. Bei den Kindergärten liegt der Zuschussbedarf bei 1,3 Mio. €. Die Schulkindbetreuung (Hort und Kernzeit) kostet die Gemeinde 136.500 € jährlich.

Da wir diese Mittel nicht haben, und in diesem Jahr 1,7 Mio. € Kredite aufnehmen werden, fragt man sich, ob es nicht besser wäre, wenn die Eltern für die Betreuung ihrer Kinder höhere Beiträge bezahlen würden. Nicht dass die Kinder eines Tages die Schulden, die wir heute zur Finanzierung der Betreuung machen werden, mit Zins und Zinseszins selbst bezahlen müssen.

Der Kredit, den wir aufnehmen müssen hat eine Laufzeit bis 2039. Das sind 28 Jahre, bis dahin sind die heutigen Kinder bereits erwachsen und müssen dann für die Schulden, die wir machen, aufkommen. Oder geht man davon aus, dass die immensen Schulden, die Bund Länder und Kommunen haben sowieso keiner jemals zurückzahlen kann?

Vor allen Dingen muss auf Länderebene dringend der Länderfinanzausgleich geändert werden. So leisten sich z.B. einige Nehmerländer eine völlige Übernahme der Kindergartenbeiträge. Baden Württemberg hat schon 41 Mrd. in den Länderfinanzausgleich

einbezahlt und im selben Zeitraum 45 Mrd. Schulden gemacht.

Verkehrssituation

Mit der FDP Weingarten wird es am Bahnübergang Häcker keine Brücke über die Bahn geben, die erstens nicht in die Landschaft passt und zweitens die Bewohner des Hinterdorfes mit Lärm belästigen wird. An der ganzen Strecke der Oberrheinbahn werden überall Unterführungen gebaut, nur in Weingarten versucht man die Gemeinde mit einem Brückenbauwerk abzuspeisen. Darum muss in Sachen südliche Umgehungsstraße mit den zuständigen Stellen weiter über eine gute Lösung für die Weingartener Bürger verhandelt werden.

Den Lärmschutzwall entlang der Autobahn, bei der derzeitigen Haushaltslage zu bauen, lehnen wir ab. Hierfür sind 330 000.- € im Haushaltsplan eingeplant.

Die Kosten für diese Lärmschutzmaßnahme müssen vom Verursacher, und zwar vom Bund als Straßenbaulastträger und nicht von der Gemeinde Weingarten getragen werden. Fallstatsächlich einbeziehender der Standstreifen auf Autobahnen erfolgt, wie vom Verkehrsministerium in den Medien angekündigt, verschärft dies noch die Situation.

Wir wissen nicht, ob allen, die diesen Bau fordern klar ist, dass über einen Zeitraum von schätzungsweise 10-15 Jahren insgesamt ca. 30-40 000 LKW-Ladungen Material angefahren werden. Wir können uns den Lärmschutzwall finanziell nicht leisten.

Genauso wie wir für die Bewohner der Ringstraße, Durlacher Straße und Jöhlinger Straße keine eigenen Umgehungsstraßen mit Gemeindemitteln bauen können. Deshalb lehnen wir den Bau des Walles an der Bundesautobahn ab.

Noch einige Sätze zur Forstwirtschaft. Wir sind der Meinung dass die Gemeinde für ihre fast 1000 Hektar Wald einen Förster und eine eigene Stammmannschaft zur ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung

braucht. Um unseren Gemeindewald nachhaltig zu bewirtschaften und den nachfolgenden Generationen einen gut aufgestellten Wald zu hinterlassen, sehen wir dies als unverzichtbar an. Eine Staatliche Beförderung lehnen wir ab.

Amtsblatt der Gemeinde Weingarten

Was dabei herauskommt, wenn am falschen Ende gespart wird, zeigte zum Jahresbeginn die neue Turmbergrundschau. Hat man uns während den Beratungen noch zugesichert, dass neben dem Druck auch die Gestaltung in die Hände von Profis wie Heinz Enderle gelegt würde, wurden wir alle von einem Presseergebnis überrascht, das eines Amtsblattes nicht würdig ist. Großformatige Bleiwüsten, die mit viel zu kleinen Bildern angereichert wurden, haben kein gutes Bild auf die Gemeinde Weingarten geworfen.

Dass es sich darüber hinaus auszahlt neben Druck und Gestaltung auch noch einen Redakteur einzuschalten, stellte die kostenlose „Weingartner Woche“ und Beweis. Wir sind schon sehr gespannt, wer sich letztlich durchsetzen wird – die Leser- und Anzeigenkunden werden es entscheiden.

Thema Freibad

Ein Thema, das in den Haushaltsberatungen einmal wieder andiskutiert wurde, ist das Freibad bei der Walzbachhalle. Möglichkeiten, das Freibad attraktiver zu gestalten, gibt es sicherlich. Die fest installierten Sonnenschirme waren ein erster positiver Versuch. Nun fehlt es am Geld. Intelligente Lösungen - wie zum Beispiel Sponsoring von Sonnenschirmen durch ortsansässige Firmen etc. – wurden dabei noch nicht ausgelotet. So schnell sollte man nicht aufgeben, zumal der Standort gerade im Hinblick auf die TSV-Verlagerung optimal ist. Die Schaffung eines Beckens am Baggersee als Ersatz des Walzbachbades ist für unsere Bürger keine Alternative und mit uns nicht zu machen.

Ein weiteres Thema, das der FDP sehr am Herzen liegt, ist die Aktion „Nette

Toilette“, deren Erfolg uns auch bereits verwaltungsseitig mitgeteilt wurde. Nur warten wir leider immer noch vergeblich auf die Umsetzung. Manchmal könnte man fast den Eindruck gewinnen, dass einfach viel zu viele Baustellen gleichzeitig aufgerissen würden und dabei einiges auf der Strecke bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bänziger,

wir hatten uns in der FDP-Fraktion lange überlegt, den ersten Haushalt, den sie in Weingarten einbringen, abzulehnen. Aber uns ist auch bewusst, dass wenn wir an allen Freiwilligkeitsleistungen, die wir als Gemeinde für unsere Bürger erbringen, rigoros sparen würden, einen Teil der in vielen Jahren aufgebauten Infrastruktur kaputt machen würden. Deshalb stimmen wir diesem Haushalt zu und hoffen, dass die düsteren Zukunftsprognosen doch nicht in solch massiver Form eintreten werden.

Generell hoffen wir, dass die Lasten, die der Gemeinde von Bund und Land aufgebürdet werden, in einem faireren Verhältnis verteilt werden.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan und allen seinen Anlagen zu.

Wir bedanken uns bei ihnen Herr Bürgermeister Bänziger sowie allen Mitarbeitern der Gemeinde Weingarten für die gute Zusammenarbeit.

Ebenso danken wir allen Menschen die sich ehrenamtlich in Vereinen und Organisationen für unsere Gemeinde engagieren.

Haushaltsrede

von Gemeinderätin Gerda Kirchner (Freie Wähler)



**Sehr geehrter Herr
Bürgermeister Bänziger,
meine Damen und Herren**

Unsere Wirtschaft boomt!

Das sind Erkenntnisse und Mitteilungen namhafter Wirtschaftsbesse, sowohl in der Presse, als auch im Fernsehen. Man spricht von einem Zuwachs von 3,6 %.

Das könnte bedeuten, mehr Gewerbesteuer, Einkommenssteueranteile und Umsatzsteuer für die Kommunen. Aber auch weniger Arbeitslose!

Es ist eingetreten, was namhafte Wirtschaftspolitiker und Optimisten - bereits im vergangenen Jahr 2010 vorausgesagt haben. Mit den Worten: „Wir schaffen das“!

Gestatten Sie mir nun noch einen Rückblick auf unser - noch nicht abgeschlossenes Haushaltsjahr 2010 -.

Aufgrund der bereits im Herbst 2010 erkennbaren, verbesserten, allgemeinen Wirtschaftslage, ist erfreulicherweise mit Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 900 T€, dem Einkommensteueranteil von 350 T€, sowie den Schlüsselzuweisungen mit 250 T€ zu rechnen. Hinzu kommen noch 100 T€ höhere Holzerlöse, sowie Minderausgaben von 240 T€ bei

den Personalausgaben bzw. 190 T€ beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand.

Der Vermögenshaushalt 2010 fällt voraussichtlich-aufgrunddergeringeren Zuführung vom Vermögenshaushalt - trotz Minder-Einnahmen durch nicht erzielte Grundstückserlöse - wesentlich besser aus. So kann der Allgemeinen Rücklage voraussichtlich ein Betrag in Höhe von 840 T€ zugeführt und auf die Inanspruchnahme eines weiteren Kredites verzichtet werden.

Der um rund 3,2 Mio.€ höhere Gesamthaushalt 2010 gegenüber dem HH-Plan 2009 war leider mehr auf die Rücknahme der restlichen Verfahrens-Bauplätze aus dem Baugebiet „Südlich der Ringstraße“, als auf zusätzliche Investitionen zurückzuführen.

Das war auch der Hauptgrund warum wir 2010 den Vermögenshaushalt erstmals wieder mit einer Darlehensaufnahme und somit mit einer Neuverschuldung ausgleichen mussten. Die Sache war zwar verfahrenskonform, sollte jedoch in Zukunft nicht mehr praktiziert werden.

Meines Wissens sind von diesen zurückgenommenen Grundstücken inzwischen nur eines bzw. halbes - durch die Grundstücksteilung - verkauft.

Um unseren jetzigen Haushalt 2011 finanziell ausgeglichener gestalten zu können, wäre es dringend erforderlich für diese Grundstücke entsprechende Käufer zu finden.

Aufgrund der Nachfrage von bauwilligen Interessenten, ermöglichen wir nun mit dem Beschluss des Gemeinderates einer zweiten Änderung des BB-Planes - Südlich der Ringstraße - anstelle von Einfamilienhäusern -Einfamilien-Doppelhäuser zu erstellen.

Da wir auch dringend kleingrundstücke (bis 1000 qm) für Gewerbetreibende u. Handwerker zur Lagerhaltung und Büro's (keine Produktion) benötigen, würde sich m.E. die Fläche entlang der Bahnlinie „Am Winkelpfad“ von Gießerei Gablenz bis zum Bahnübergang Hacker anbieten. Es handelt sich hier um Mischgebiet und somit wäre eine Bebauungsplan-Änderung nicht erforderlich, und es könnte sofort gebaut werden. Für eine Wohnbebauung werden sich hier wohl kaum Interessenten finden.

Leider sind in letzter Zeit bereits zwei Firmen nach auswärts verzogen, da sie in Weingarten -in der Größenordnung - kein entsprechendes Grundstück bzw. Räumlichkeiten finden konnten.

Auch stehen uns z.Zt. keine Flächen für größere, lukrative Industriensiedlungen zur Verfügung. Darum begrüße ich unseren Gemeinderatsbeschluss vom Juli 2010 zur Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Erweiterung des Gewerbegebietes Sandfeld I und II.

Wir sind eine kinderfreundliche Gemeinde!

Dies wollen wir auch bleiben! Das haben wir in den letzten Jahren und bis heute auch unter Beweis gestellt. Für Familien mit Kindern lässt es sich in Weingarten sehr gut leben. Mit 6 Kindergärten, einem reichhaltigen Angebot an schulischen und außerschulischen Tages-Betreuungseinrichtungen mit Mittagessen und Hausaufgaben- u. flexibler Nachmittagsbetreuung. Und seit 2009 Ganztageschule.

In der Kleinkindbetreuung unter 3 Jahren werden z.Zt. in den Einrichtungen „Zauberwald“ - „Zwergenhaus“- „Blauland“ insgesamt 40 Kinder betreut. Finanziert von der Kommune mit über 1,5 Mio.€. Ab September 2011 werden mit dem Träger Pro-Liberis GmbH in der neuen Einrichtung

in der Kanalstraße (früher Plus) „Kita kleine Strolche“ weitere 3 Gruppen = 30 Kinder betreut werden können.

Ab 2013 hat jedes Kleinkind einen Anspruch auf einen solchen Betreuungsplatz. So hat es der Gesetzgeber beschlossen! Bisher galt immer: „Wer bestellt, der bezahlt“. Dem ist allerdings nicht so!

Wie wir das künftig schultern sollen - ohne entsprechende Mehrbeteiligung der Erziehungsberechtigten bzw. finanzielle Unterstützung vom Bund und Land - wissen wir heute noch nicht.

Was tun wir eigentlich für unsere Seniorinnen und Senioren in Weingarten? Für sie reicht es noch nicht einmal für einen Warmbadetag mit 30 Grad C. Unser Antrag wurde leider aus Kostengründen abgelehnt.

Eigentlich sollte unser Hallenbad allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Die Aussage des Schwimm-Meisterpersonals „die vorhandene Wärmeleistung des Wassers, - ohne Angabe der Wassertemperatur in Grad C - sei voll ausreichend“ (Zu lesen in der Bestandsanalyse der Bäderstudie v. Fa.Fritz, Planung vom 28.01.2010) In der auch steht, was für unser Freibadgelände und Liegewiese dringendst zu tun sei: z.B. „Bei der Freianlage ist darauf zu achten, dass man künftig zu den angrenzenden Sportanlagen ausreichend Bepflanzung anordnet zum Sicht- und Lärmschutz. Es ist zu prüfen, ob

auf der Liegewiese größere Bäume bepflanzt werden können. Bisher seien auf Grund der Feuchtigkeit die meisten Bäume eingegangen. Eine natürliche Fläche zur Beschattung würde den Erholungswert erhöhen. Kostenlos werden Sonnenschirme für die Beschattung angeboten“, (wörtlich Text v. Fa. Fritz)

Bald beginnt wieder die Badesaison! Es tut sich leider in Sachen Bäume pflanzen nichts!

Auch in Sachen Lärmschutzwall geht nichts voran, obwohl wir die geforderten Ausgleichsflächen für die Ersatzaufforstung - für die zu fallenden Bäume entlang der BAB 5 - nachweislich haben.

Im Forstwirtschaftsjahr 2011 ist gemäß Betriebsplan ein Holzeinschlag von 7.000 Fm vorgesehen. Das wären 2.300 Fm mehr als im Vorjahr 2010. Es wird mit einem Holzerlös von 226 T€ gerechnet. Allerdings ist bereits heute schon im HH-Plan zu entnehmen, dass der Wald keinen Gewinn erwirtschaften wird, da den Ausgaben mit 444 T€ lediglich Einnahmen in Höhe von 259 T€ gegenüberstehen. Somit entsteht ein Zuschußbedarf von 185 T€

Ein Kostenfaktor sind die bereits bestellten 10.000 Stück Pflanzen zur geforderten Aufforstung der Ausgleichsflächen. Auch fließt die Kiespacht ab 2011 in Höhe von 180 T€ nicht mehr dem Erlös Forst zu. Dass wir unseren Brennstoff für die Holzhackschnitzelanlagen für den

Bereich Schule und Rathaus, sowie Walzbachhalle aus unserem Wald beziehen ist erfreulich.

Trotz der angekündigten Umstrukturierung des Forstbetriebes ist zu hoffen, dass uns auch weiterhin unser Forst als Lehrbetrieb erhalten bleibt.

Herzlichen Dank an alle Anwesende die Sie heute den Weg ins Rathaus gefunden haben.

Mein Dank gilt auch allen Bürgerinnen und Bürgern in unserer Gemeinde, die ihre Zeit im Ehrenamt erfüllen.

Bedanken darf ich mich auch recht herzlich bei Ihnen Herr Bürgermeister Bänziger, Ihren Amtsleitern für das vertrauensvolle Miteinander, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf dem Rathaus, dem Bauhof und Herrn Schmitt vom Forst. Ich denke es waren, sowohl für Sie, als auch für uns im Gemeinderat, einige Monate der Gewöhnung und des Kennenlernens. Wir haben z.T. lange Sitzungsabende erlebt und sind sicherlich immer zu einem zufriedenstellenden, tragbaren Ergebnis gekommen.

Und nun zu Dir lieber Norbert, Du hast als Kämmerer mit dem Erstellen des Haushaltsplanes wohl die meiste Arbeit gehabt. Für Deine Hilfsbereitschaft das ganze Jahr über, vor allem in den letzten Tagen wenn ich Fragen hatte, hattest Du für mich immer ein offenes Ohr. Herzlichen Dank!

Dem Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen Wasser- und Abwasserversorgung stimme ich zu.

Zahlen - Daten - Fakten

Haushaltsvolumen

Verwaltungshaushalt	16.639.000 €
Vermögenshaushalt	3.595.000 €
Gesamthaushalt	20.234.000 €

Sonstige wichtige Daten

Zuführungsrate (negativ)	-1.221.000 €
Nettoinvestitionsrate (negativ)	-1.361.000 €
Zuführung zur der allg. Rücklage	0 €

Steuerkraft

Einwohnerzahl (30.6.2010)	9.908
Fläche	2.940 ha
Steuerkraftsumme 2011	8.284.000 € 836,09 €/Ew.

Kredit- / Verpflichtungsermächtigungen

Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen (ohne Umschuldung)	1.700.000 €
Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	1.110.000 €

Hebesätze

Grundsteuer A	330 v.H.
Grundsteuer B	320 v.H.
Gewerbesteuer	340 v.H.

Ausgaben des Vermögenshaushalts

- Erwerb von Grundstücken	710.000 €
- Erwerb von beweglichen Sachen	286.000 €
- Baumaßnahmen	1.165.000 €
- Investitionszuschüsse	73.000 €
- Zuführung zum Verwaltungshaushalt	1.221.000 €
- Zuführung zur allgemeinen Rücklage	- €
- Tilgung von Krediten	140.000 €
- Sonstige Ausgaben	- €

Rücklagen

Stand zum 01.01.2011, voraussichtlich	1.500.000,00 € 151,39 €/Ew.
Stand zum 31.12.2011, voraussichtlich	1.500.000,00 € 151,39 €/Ew.

Gesamt **3.595.000 €**

Gebühren

Wassergebühr
je cbm Frischwasser 1,40 €/m³

Abwassergebühr
je cbm bezogenes Frischwasser 1,70 €/m³

Schulden gesamt (inkl. Eigenbetriebe)

Stand zum 31.12.2010, Gemeinde	3.164.975,39 €	Stand zum 31.12.2011, Gemeinde	4.724.916,00 €
Wasser	2.965.816,07 €	Wasser	3.135.829,00 €